©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE
4. Jahrgang 1956 1. Heft/Januar

HANS W. GATZKE

VON RAPALLO NACH BERLIN
STRESEMANN UND DIE DEUTSCHE RUSSLANDPOLITIK

Die Beziehungen der Weimarer Republik zur Sowjetunion haben, aus naheliegenden Gründen, die Historiker in den Jahren seit 1945 besonders stark beschäftigt und sind in ihren Umrissen bereits bekannt[1]. Eine endgültige Untersuchung wird erst dann möglich sein, wenn die Akten des Auswärtigen Amts der Weimarer Zeit für die Forschung freigegeben werden[2]. Einige der wichtigsten dieser Dokumente befinden sich jedoch unter dem bereits zugänglichen und bisher nur teilweise veröffentlichten Nachlaß des Reichsministers Dr. Gustav Stresemann[3]. Es lohnt sich daher schon jetzt der Versuch, etwas tiefer in die deutsche Rußlandpolitik einzudringen, besonders für die wichtige Spanne zwischen 1922 und 1926, an deren Beginn bzw. Ende die beiden grundlegenden Vertragswerke von Rapallo und Berlin

[1] Den besten Überblick geben Edward Hallett Carr, German-Soviet Relations between the Two World Wars 1919–1939 (Baltimore 1951), deutsch unter dem Titel: Berlin–Moskau, Deutschland und Rußland zwischen den beiden Weltkriegen (Stuttgart 1954); sowie Paul Kluke, „Deutschland und Rußland zwischen den Weltkriegen", Historische Zeitschrift, Bd. 171 (1951), S. 519–52. Die ausführliche Studie von Lionel Kochan, Russia and the Weimar Republic (Cambridge 1954) behandelt das Problem mehr von der russischen Seite. Fritz Klein, Die diplomatischen Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion 1917–1932 (Berlin 1952) ist zu tendenziös, um ernstgenommen zu werden. Wichtig ist Gustav Hilger und Alfred G. Meyer, The Incompatible Allies – A Memoir-History of German–Soviet Relations 1918–1941 (New York 1953). Die von Gustav Hilger revidierte deutsche Ausgabe: Gustav Hilger, Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918 — 1941. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten. (Frankfurt a. M./Berlin 1955).

[2] Diese Akten befinden sich in Händen des „German Foreign Ministry Documents Project" unter amerikanisch-englisch-französischer Verwaltung.

[3] „Nachlaß des Reichsministers Dr. Gustav Stresemann", Mikrofilm, National Archives, Washington, D.C., zum Teil veröffentlicht in Gustav Stresemann, Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden, hrsg. v. Henry Bernhard (Berlin 1932–33). Vgl. dazu Hans W. Gatzke. „The Stresemann Papers", Journal of Modern History, XXVI (1954), S. 49–59. Ein Hinweis auf das Rußlandmaterial im „Nachlaß" findet sich in Erich Eyck, „Neues Licht auf Stresemanns Politik", Deutsche Rundschau, 81. Jahrg. (1955). Gründlicher, jedoch nicht erschöpfend, wird der „Nachlaß" benutzt in Karl Dietrich Erdmann, „Das Problem der Ost- oder Westorientierung in der Locarno-Politik Stresemanns", Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 6. Jahrg. (1955), S. 133–62.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stehen. Damit dürfte gleichzeitig das zurzeit noch umstrittene Bild Stresemanns und seiner Außenpolitik weitere Aufhellung erfahren[4].

Stresemanns Haltung zur Sowjetunion hatte sich vor seinem Regierungsantritt im August 1923 bereits mehrmals gewandelt. Im Sommer 1918, in seiner Rolle als Unterhändler für die Ergänzungsverträge zum Friedensvertrag von Brest-Litowsk, hatte er von „einer weitgehenden wirtschaftlichen und politischen Verständigung" mit den Kommunisten gesprochen. „Vielleicht", so schrieb er damals, „wendet sich das ganze Gesicht Deutschlands in Zukunft etwas mehr dem Osten zu, und wir finden dort einigen Ersatz für das, was auf dem Gebiete des überseeischen Wettbewerbs vorläufig für uns nicht zu erlangen ist[5]." Der Gedanke, Rußland als Ersatz für oder gar als Stütze gegen den Westen zu benutzen, lag auf der Hand[6]. Die Stabilisierung der russischen Verhältnisse jedoch und die damit wachsende Gefahr des Weltkommunismus beeinflußten bald auch Stresemanns Einstellung. „Glauben Sie wirklich," so schrieb er an Albert Vögler, als die Rote Armee 1920 plötzlich in Polen zur Gegenoffensive überging und so der deutschen Grenze näherrückte, „daß Lenin, der stets die Weltrevolution gepredigt hat, an dieser Grenze stehen bleiben wird? Was aber dann?[7]" Mit dem Schwinden dieser Gefahr jedoch legte sich Stresemanns Furcht wieder. Er hielt es „für ein geschichtliches Unglück", sagte er, „daß Deutschland und Rußland auseinandergeführt worden seien[8]", und er warnte vor einer Beteiligung Deutschlands an Plänen der Alliierten für die wirtschaftliche Ausbeutung Rußlands[9]. Gleichzeitig war er aber realistisch genug zu sehen, daß die Furcht der Alliierten vor dem Kommunismus unter Umständen der deutschen Außenpolitik auch zum Vorteil gereichen konnte[10].

Der Abschluß des Vertrages von Rapallo am 16. April 1922, der im Lager der Westmächte große Bestürzung hervorrief, fand Stresemanns volle Zustimmung[11]. Doch dieses Abkommen, das einen Schlußstrich unter die Vergangenheit setzte und die Hoffnung auf weitgehende wirtschaftliche Zusammenarbeit für die Zukunft

---

[4] Vgl. hierzu die demnächst in der Historischen Zeitschrift erscheinende Arbeit von Annelise Thimme, „Gustav Stresemann – Legende und Wirklichkeit", welche an Hand des „Nachlasses" das bisherige Bild Stresemanns überprüft und grundlegend ergänzt.

[5] Hans W. Gatzke, Dokumentation „Zu den deutsch-russischen Beziehungen im Sommer 1918", in dieser Zeitschrift 3 (1955), S. 77, 94.

[6] Henry L. Bretton, Stresemann and the Revision of Versailles (Stanford 1953), S. 170, Anm. 55.

[7] Stresemann, „Nachlaß", Filmrolle 3090, Serie 6930, Dokument 139314 (im folgenden zitiert: „Nachlaß", 3090/6930/139314). Stresemann wurde damals zu Besprechungen mit Arnold Rechberg, dem britischen Geschäftsträger Lord Kilmarnock und anderen zugezogen, die sich mit Plänen für eine deutsch-alliierte Intervention gegen Rußland befaßten: „Nachlaß", 3171/7351/165735ff.

[8] „Nachlaß", 3171/7351/165736.

[9] Verhandlungen des Reichstages, Bd. 354 (1921), S. 6648, 6656.

[10] Bretton a. a. O., S. 40, 96.

[11] „Nachlaß", 3110/7009/143331f., 143336.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

weckte, war vorerst nur „ein Baum ohne Früchte, aber weithin sichtbar[13]". Der Mann, der mehr als jeder andere sich um die Fruchtbarmachung dieses Baumes bemühte, war der neue deutsche Gesandte in Moskau, Graf Brockdorff-Rantzau[13].

Die Wahl dieses vielschichtigen Aristokraten für einen so wichtigen Posten erregte einige Opposition – in Berlin, nicht jedoch in Moskau[14]. Der Graf, der nie die Demütigung verwunden hat, die (so fühlte er) ihm und Deutschland in Versailles angetan worden war, hoffte „von Moskau aus die Folgen des schmählichen Diktates von Versailles erfolgreich bekämpfen und vielleicht das ganze Schandwerk über den Haufen werfen zu können"[15]. Er warnte jedoch vor einer zu einseitigen Ostpolitik. An den Vorverhandlungen zu Rapallo hatte er nicht teilgenommen und stand dem Vertrag skeptisch gegenüber[16]. „Eine ausschließlich nach Osten orientierte deutsche Politik", so schrieb er in einer Denkschrift vom 15. August 1923[17], „wäre im gegenwärtigen Augenblick ohnehin nicht nur verfrüht und gefährlich, sondern aussichtslos und darum verfehlt." Eine solche Politik „würde die nachteiligsten Wirkungen auf unsere Beziehungen zum Westen ausüben. Der natürliche Weg nicht nur der wirtschaftlichen Entwicklung weist dahin, daß England auf dem Kontinent mit Deutschland ein Gegengewicht gegen Frankreich schafft." Jedoch „wenn Deutschland sich mit Rußland militärisch bände, so würde diese Kombination erst ungleich später wirksam werden[18]". Das Hauptziel deutscher Rußlandpolitik sah Brockdorff-Rantzau, ähnlich wie Stresemann, im Ausbau der gegenseitigen Wirt-

---

[12] Paul Scheffer, Sieben Jahre Sowjetunion (Leipzig 1930), S. 443. Die Vorverhandlungen zum Rapallovertrag behandelt Wipert von Blücher, Deutschlands Weg nach Rapallo (Wiesbaden 1951). Vgl. auch Edward Hallet Carr, The Bolshevik Revolution 1917–1923 (New York 1953), III, Kap. 28–30.

[13] Es gibt bisher keine definitive Biographie des Grafen. Edgar Stern-Rubarths Buch: Graf Brockdorff-Rantzau, Wanderer zwischen zwei Welten (Berlin 1929), wurde im Auftrag von Rantzaus Bruder geschrieben und hat geringen Quellenwert. Weiteres Material findet sich in Theodor Wolff, Der Marsch durch zwei Jahrzehnte (Amsterdam 1936), Kap. 8, sowie in den Memoiren von Blücher, Hilger, Dirksen und Graf Bernstorff. Eine Sondernummer der Europäischen Gespräche, 7. Jahrg. (1929) ist der Erinnerung Brockdorff-Rantzaus gewidmet. Das Manuskript eines umfangreichen Dokumentenwerkes aus dem Rantzauschen Nachlaß, bearbeitet von Erich Brandenburg, zusammen mit der Hauptmasse des Nachlasses, befindet sich mit den Akten des A.A. z. Zt. unter alliierter Kontrolle (vgl. oben Anm. 2). Die Studie von Herbert Helbig, „Die Moskauer Mission des Grafen Brockdorff-Rantzau", Forschungen zur Osteuropäischen Geschichte, hrsg. v. Horst Jablonowski und Werner Philipp, Bd. 2 (Berlin 1955), S. 286–344, stützt sich auf Brandenburgs Abschriften eines Teils des Rantzauschen Nachlasses.

[14] Blücher a. a. O., S. 166ff.; Hilger a. a. O., S. 84ff.; Helbig a. a. O., S. 299ff.

[15] Helbig a. a. O., S. 324; vgl. auch Stern-Rubarth a. a. O., S. 106, 123, 152, 156.

[16] Helbig a. a. O., S. 300.

[17] Helbig a. a. O., S. 329ff. Rantzau schrieb zwei Denkschriften, am 8. Juli und 15. August, für den Reichspräsidenten bzw. den Reichskanzler, die beide von H. zum ersten Male vollständig veröffentlicht werden.

[18] Die hier ausgesprochene Kritik richtet sich in erster Linie gegen die Pläne Seeckts und Wirths für ein militärisches Zusammengehen mit Rußland. Vgl. Helbig a. a. O., S. 304ff.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaftsbeziehungen. Und auf diesem Gebiet erreichte er zu Anfang seiner Tätigkeit einige erfreuliche Erfolge[19].

Im Sommer 1923 jedoch wurde das Schwergewicht der deutsch-russischen Beziehungen wieder auf das politische Gebiet verlegt. Zwei Monate nach Brockdorff-Rantzaus Ankunft in Moskau begann die Ruhrbesetzung durch die Franzosen. Hätte sich nun der Rapallovertrag, wie manche Leute annahmen, auch auf gegenseitige militärische Hilfe bezogen, so war hier gewiß eine Situation gegeben, in der Deutschland derartige Hilfe dringend brauchte. Rußland sprach auch wohl verschiedentlich von einer möglichen Intervention auf seiten Deutschlands gegen Frankreichs Bundesgenossen Polen, doch blieb es bei solchen Äußerungen[20]. Brockdorff, der anfänglich auf irgendwelche russische Hilfe gehofft zu haben scheint, warnte bald vor einer russischen Annäherung an Frankreich[21]. Aber die „russische Sphinx", wie Stresemann sagte, versuchte auf verstecktere Weise, durch Unterstützung der Aufstandspläne der deutschen Kommunisten, aus der Verlegenheit ihres „Bundesgenossen" Kapital zu schlagen[22].

Diese russische Einmischung in Deutschlands innere Angelegenheiten war ein typisches Beispiel für die Zweigleisigkeit sowjetischer Politik, die es verstand, gleichzeitig „korrekte" diplomatische Beziehungen mit einem Lande zu unterhalten und dessen Regierung revolutionär zu unterwühlen. Offiziell distanzierte sich die Sowjetregierung bei jeder Gelegenheit von der Agitation der Komintern. Niemand, so erklärte Außenminister Tschitscherin seinem Freunde Rantzau, habe doch jemals König Leopold von Belgien für die Zweite Internationale verantwortlich gemacht, nur weil sie ihr Hauptquartier in Brüssel hatte[23]. Aber derartige Erklärungen trafen auf berechtigte Skepsis. Tschitscherin selbst scheint es wirklich ehrlich mit der russisch-deutschen Freundschaft gemeint zu haben. Doch sein Amt war ja nur einer der vielen Faktoren, die die russische Außenpolitik bestimmten, und selten der entscheidende[24].

Aus Gründen, die uns hier nicht näher zu beschäftigen brauchen, blieb der Putschversuch der deutschen Kommunisten in seinen Anfängen stecken[25]. Interessant ist, daß die Einmischung der Komintern, abgesehen von einigen deutschen Protesten und russischen Unschuldsbeteuerungen, das deutsch-russische Verhältnis

---

[19] Helbig a. a. O., S. 316f., 330, 333; Stern-Rubarth a. a. O., S. 127.

[20] Über Rußlands Haltung in der Ruhrkrise vgl. Edward Hallett Carr, The Interregnum 1923–1924 (New York 1954), S. 164ff., 215ff.; Hilger a. a. O., S. 120f. Stresemann bluffte, als er später Lord d'Abernon versicherte, daß Deutschland 1923 „eine Koalition mit Rußland habe bilden und daß sie gemeinsam Europa hätten überrennen können". Viscount d'Abernon, The Diary of an Ambassador, Vol. III (New York 1931), S. 146.

[21] Blücher a. a. O., S. 172ff.; Helbig a. a. O., S. 325.

[22] Carr, Interregnum, Kap. 9; Hilger a. a. O., S. 122ff.

[23] Hilger a. a. O., S. 125.

[24] Über die verwickelte Konzipierung russischer Außenpolitik vgl. Theodore H. von Laue, „Soviet Diplomacy: G. V. Chicherin", in: The Diplomats 1919–1939, hrsg. v. Gordon A. Craig und Felix Gilbert (Princeton 1953), S. 237ff.

[25] Carr, Interregnum, S. 220–22.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht weiter zu belasten schien[26]. Dies deutsche Augenzudrücken mag teilweise auf die damalige Schwäche Deutschlands zurückzuführen sein[27]. Doch fragt es sich, ob man sich dort auch wirklich des ganzen Ausmaßes der russischen Intrigen bewußt war, besonders was die Versuche angeht, Polen durch Versprechung von Kompensationen in Ostpreußen zur Anerkennung eines kommunistischen Deutschland zu gewinnen[28].

Stresemanns Beurteilung der Lage geht aus einem Brief hervor, den er, nunmehr als Außenminister, am 1. Dezember 1923 an Brockdorff-Rantzau schrieb[29]. Die Finanzierung der deutschen kommunistischen Bestrebungen durch die Russen bezeichnet er darin zwar als bedenklich, doch sieht er auch einen gewissen Vorteil darin, daß der Botschafter in Moskau jetzt derart auftreten könne, „daß das an sich schlechte Gewissen der dortigen Machthaber noch schlechter wird". „Jede Zukunftspolitik", so fährt er fort, „muß mit Deutschland rechnen. Der starke Rückgang des Sozialismus, die gewaltige Erstarkung aller nationalen Organisationen, bürgt dafür, daß wir in geschichtlich absehbarer Zeit wieder zu Kräften kommen, bündnisfähig für unsere Freunde und gefährlich für unsere Gegner werden können." Und er empfiehlt dem Botschafter: „Ich hoffe . . ., daß Sie den gegenwärtigen Gewalthabern gegenüber nicht nur der Herr, wie Tschitscherin, sondern der deutsche Graf sein und bleiben werden, der durch Zielbewußtsein, Energie und Charakter diejenige gerade heute so notwendige Vertretung des Deutschen Reichs bildet, die niemals durch eine starke Persönlichkeit notwendiger war als in den gegenwärtigen Zeiten."

Wie dieser Brief zeigt, waren die Beziehungen zwischen Stresemann und Brockdorff-Rantzau zu Beginn ihrer Zusammenarbeit durchaus kordial. Stresemanns spontane Solidaritätserklärung mit Brockdorffs Haltung in Versailles – der berühmte Händedruck von Weimar – hatte den für derartige Gesten sehr empfänglichen Grafen tief berührt[30]. Im Laufe der Zeit jedoch ergaben sich eine Reihe von Differenzen sachlicher Art, die bei der Verschiedenheit ihrer Persönlichkeiten oft zu starken Verstimmungen führten, besonders da beide an einer übertriebenen Empfindlichkeit litten. Dem Grafen war vor seinem Amtsantritt eine Reihe von Vorrechten eingeräumt worden[31], die an sich schon allerlei Konfliktsstoff enthielten, da er keine Gelegenheit versäumte, seine Unabhängigkeit zu betonen[32]. „Für das

---

[26] Obwohl, wie Hilger a. a. O., S. 125, sagt, die Erinnerung an die Oktoberereignisse in Deutschland nie völlig vernarbte.

[27] Carr, Interregnum, S. 225; Kochan a. a. O., S. 94.

[28] Grigorij Bessedowsky, Im Dienste der Sowjets (Leipzig 1930), S. 163, 171 ff.; Carr, Interregnum, S. 218–19.

[29] „Nachlaß", 3099/7120/146506 ff. Gekürzte Version in Vermächtnis I, S. 259 ff.

[30] Stern-Rubarth a. a. O., S. 138; Vermächtnis III, S. 482.

[31] Hilger a. a. O., S. 93. Brockdorff wurde dem Kanzler direkt unterstellt und durfte unmittelbar an den Reichspräsidenten Bericht erstatten.

[32] Helbig a. a. O., S. 340, beschreibt, wie Reichskanzler Wirth dem Grafen versicherte: „Sie können sicher sein, daß die ganze Politik mit Rußland über Ihre Person geleitet wird", worauf Brockdorff entgegnete: „Ja, oder über meine Leiche!"

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

‚echt preußische Pflichtgefühl'", schrieb er im Februar 1924 an Stresemann, „habe ich persönlich niemals die ... Bewunderung empfunden, die ihm gebühren soll, denn ich nehme für mich in Anspruch, eine Pflichtauffassung durchzuführen, die höher steht, weil sie eigenes Denken und Handeln zuläßt[33]." In dem Maße wie Brockdorff-Rantzau von seinem Amt absorbiert wurde und so den Überblick über die deutsche Gesamtpolitik verlor, verschärfte sich, wie wir sehen werden, sein Gegensatz zu Stresemann. Kurz vor seinem Tode machte sich sein Unmut dann oft in heftigen Worten Luft, wobei jedoch seine Überarbeitung und die Verschlechterung seines Gesundheitszustandes mitgespielt haben dürften. Am besten läßt sich das Verhältnis Stresemann–Brockdorff als zwischen Achtung und Antipathie schwankend beschreiben, wobei zu Beginn die gegenseitige Achtung überwog[34]. Selbst wenn man des Grafen Neigung zur „dick aufgetragenen Schmeichelei"[35] in Rechnung stellt, so klingt der warme und respektvolle Ton seiner Briefe an Stresemann (z. B. die Anrede „Hochverehrte, liebe Exzellenz") doch meist echt. Was Stresemann betrifft, so schrieb er dem Grafen im April 1924: „Wenn ich das Amt verließe, würde ich mich freuen, es in Ihren Händen zu wissen[36]."

Die deutsch-russischen Beziehungen, die durch die Oktoberkrise wohl gestört, aber nicht erschüttert worden waren, erhielten einen wirklich ernsten Stoß im Mai 1924, als die Berliner Polizei bei der Verfolgung eines deutschen Kommunisten eine Durchsuchung der Sowjetischen Handelsvertretung vornahm[37]. Der russische Gesandte reiste sofort ab, und sämtliche Wirtschaftsverbindungen mit Deutschland wurden abgebrochen. In ihren Wiedergutmachungsforderungen verlangten die Russen dann vor allem die Anerkennung der Exterritorialität für ihre Handelsvertretung. Die Spannung zog sich bis Ende Juli hin und endete mit der Erfüllung eines Großteils der russischen Wünsche[38]. Brockdorff-Rantzau hatte sich ganz besonders für die Beilegung des Zwischenfalls eingesetzt und dabei Stresemanns volle Unterstützung gefunden[39].

---

[33] „Nachlaß", 3106/7167/155273.

[34] Wie verschieden selbst enge Mitarbeiter des Grafen seine Einstellung zu Stresemann beurteilen, geht hervor aus den Zeugnissen von Hilger a. a. O., S. 86, 129, und Herbert von Dirksen, Moskau, Tokio, London (Stuttgart 1949), S. 66.

[35] Otto Hoetzsch, „Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau", Europäische Gespräche, 7. Jahrg. (1929), S. 14.

[36] „Nachlaß", 3117/7168/155568.

[37] Über die Einzelheiten des Vorfalls vom 3. Mai 1924 vgl. Vermächtnis I, S. 401 ff.; „Nachlaß", 3117/7168/155608; Hilger a. a. O., S. 179 ff.; Carl Severing, Mein Lebensweg (Köln 1950), II, S. 17–18; Helbig a. a. O., S. 317 f.

[38] Hilger a. a. O., S. 181. Eine Zusammenfassung des Abkommens vom 29. Juli findet sich in Vermächtnis I, S. 404. Eine ausführlichere Untersuchung im „Nachlaß", 3112/7127/147640 ff. zeigt, daß Deutschland keineswegs alle russischen Forderungen erfüllte. Vgl. auch Helbig a. a. O., S. 318.

[39] Stern-Rubarth a. a. O., S. 139; Kochan a. a. O., S. 95, gibt keinerlei Beleg für seine Feststellung, daß „Stresemann absichtlich die Beilegung des Disputs verzögerte". Das Reichswirtschaftsministerium vielmehr empfahl dem AA., die Exterritorialitätsfrage als „Kompensationsobjekt" für Deutschlands „zahlreiche und wichtige Forderungen" in den unterbrochenen Wirtschaftsverhandlungen aufzusparen. „Nachlaß", 3117/7169/155789 f.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anfang Juni, während die Krise noch im Gange war, suchte Brockdorff-Rantzau den Volkskommissar Trotzki im Kriegsministerium auf, um eine andere wichtige Angelegenheit zu besprechen – den Einfluß des Berliner Zwischenfalls auf das Verhältnis zwischen der Reichswehr und der Roten Armee[40]. Diese Militärbeziehungen haben keinen direkten Zusammenhang mit unserem Thema hier, obwohl die Moskauer Gesandtschaft nicht ganz unbeteiligt an ihnen war[41]. Der Botschafter fragte Trotzki, ob „der beklagenswerte Zwischenfall" die Beziehungen zu seinem Ressort bedrohe, worauf Trotzki beteuerte: „Nein, davon kann keine Rede sein, dieser Dreck muß erledigt werden und ist nicht entfernt imstande, auf die für uns wie Sie so erfreulich angebahnten und wichtigen militärischen Beziehungen irgendeinen Einfluß zu üben." Brockdorff-Rantzau erwähnte verschiedene Mißstände, die sich in den Militärbeziehungen ergeben hatten, und Trotzki versprach, Abhilfe zu schaffen. Das Gespräch wandte sich dann der allgemeinen Lage zu, und der Botschafter fragte, ob Rußlands Haltung gegenüber Frankreich sich geändert habe. „Trotzki erwiderte mit starker Betonung, das sei keineswegs der Fall; weder das Verhältnis zu Frankreich, noch die Beziehungen zu England könnten das deutsch-russische Freundschaftsverhältnis stören. Nach seiner festen Überzeugung werde dieses noch auf Jahre – er verbesserte sich – Jahrzehnte bestehen bleiben." Das Hindernis für eine wirkliche Annäherung an die Westmächte sei „die große Rechnung", d. h. das Verlangen der Franzosen und Engländer nach Bezahlung der Schulden des Zarenreiches.

Während Trotzki so die Bedenken Brockdorff-Rantzaus wegen einer möglichen Annäherung Rußlands an den Westen zu zerstreuen suchte, hatte Deutschland bereits selbst begonnen, sein Verhältnis zu den Siegermächten zu normalisieren. Die Verhandlungen über den Dawes-Plan, begonnen im April 1924, fanden am 16. August ihren Abschluß, und kurz darauf erklärte Deutschland sich bereit, unter gewissen Bedingungen seine Mitgliedschaft im Völkerbund zu beantragen. Hiermit war eine wirkliche Bedrohung der sowohl von Rantzau wie Tschitscherin proklamierten deutsch-russischen Schicksalsgemeinschaft gegeben. Die deutsche Wendung zum Westen kam daher unter den sofortigen Angriff der Sowjets[42]. Am 21. September charakterisierte Tschitscherin in einem Brief an Ludwig Stein Deutschlands Eintritt in den Völkerbund als „eine Kapitulation, einen Kanossagang, einen Zu-

---

[40] „Nachlaß", 3165/7414/175334ff.; Aufzeichnung Brockdorff-Rantzaus. Diese Unterredung widerspricht der Mitteilung von Unterstaatssekretär Hencke, in Helbig a. a. O., S. 316, Anm. 83, daß „der Graf Trockij [sic!] zuletzt im Herbst 1923 gesprochen."

[41] Hans W. Gatzke, Stresemann and the Rearmament of Germany (Baltimore 1954), Kap. 4; Georges Castellan, „Reichswehr et Armée Rouge 1920–1939", in J.-B. Duroselle, Hrsg., Les Relations Germano-Soviétiques de 1933 à 1939 (Paris 1954), S. 137–260. Vgl. auch den wichtigen Artikel von Helm Speidel, „Reichswehr und Rote Armee", in dieser Zeitschrift 1 (1953), S. 9–45.

[42] Hilger a. a. O., S. 127ff. Es kursierte damals das Gerücht, Tschitscherin habe sich während der Londoner Verhandlungen über den Dawes-Plan an einige Führer der D.N.V.P. (die Gegner des Planes waren) mit Vorschlägen für einen deutsch-russischen Neutralitätsvertrag gewandt. Vgl. auch Carr, German-Soviet Relations, S. 81.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kunftsverzicht", da es sich beim Völkerbund doch um einen „Bund der Sieger" zur Garantie des Versailler Vertrages handle. Ein solcher Schritt würde eine „Kollision mit der Rapallo-Politik" darstellen und zu möglichen Konflikten mit Rußland führen[43].

Rußlands Bedenken gegen Deutschlands Völkerbundseintritt wurden Stresemann offiziell im September und Oktober von dem russischen Botschafter Krestinski sowie von Botschaftsrat Bratman-Brodowski vorgetragen[44]. Um diese Bedenken zu zerstreuen, überreichte Stresemann ihnen eine Abschrift des Gutachtens über die Bedingungen und Vorbehalte, welche Deutschland vor Eintritt in den Völkerbund zu stellen gedachte, besonders hinsichtlich der Artikel 16 und 17 der Völkerbundssatzung über Sanktionsmaßnahmen gegen Angreifernationen, derentwegen Rußland besonders besorgt war. Er stritt ab, daß Deutschlands Eintritt eine stillschweigende Anerkennung der Versailler Grenzen bedeute und verwies auf die Revisionsmöglichkeiten unter Artikel 19. Stresemann beklagte sich schließlich über die Einmischung Sinowiews und der Komintern in Deutschlands innere Angelegenheiten. Die Erklärungen Krestinskis, daß Sinowiew ja nicht Mitglied der Regierung sei, ließ Stresemann nicht gelten[45]. Im ganzen war der Ton der Unterredungen jedoch freundlich, und bei ihrem Abschluß, am 29. Oktober, stellte Stresemann fest, daß Deutschland unter keinerlei Druck stehe, in den Völkerbund einzutreten.

Im November 1924 wurden die im Mai unterbrochenen Wirtschaftsverhandlungen wiederaufgenommen[46]. Es war jedoch äußerst schwierig, zwischen zwei so verschiedenen Wirtschaftssystemen einen Ausgleich zu finden, und Rußlands Verstimmung über die deutsche Westpolitik bereitete dabei ein weiteres Hindernis. Da schlugen die Russen im Dezember plötzlich vor, daß Deutschland mit ihnen einen Neutralitätsvertrag abschließen und sich verpflichten solle, an keinerlei wirtschaftlichen, politischen oder militärischen Aktionen gegen Rußland teilzunehmen. Hier eröffnete sich eine vollkommen neue Perspektive deutsch-russischer Beziehungen. Die deutsche Regierung war jedoch im Augenblick mit dringlicheren Problemen beschäftigt und war sich auch vielleicht der Tragweite des russischen Angebots zuerst nicht ganz bewußt. Der Vorschlag fand jedenfalls nicht nur keinen Widerhall, sondern Ende Februar streckte Deutschland sogar noch weitere Fühler nach Westen aus und begab sich auf den Weg, der im Verlauf der nächsten acht Monate zum Sicherheitspakt von Locarno führte.

---

[43] Ludwig Stein, Aus dem Leben eines Optimisten, (Berlin 1930), S. 239f. Stein war Korrespondent der „Vossischen Zeitung" und der „B.Z. am Mittag". Der Brief war zur Verlesung in der „Mittwochsgesellschaft" bestimmt, fand aber den Weg in die Öffentlichkeit.

[44] „Nachlaß", 3120/7178/157420ff., 157445ff., 157522ff.; Aufzeichnungen Stresemanns. Gekürzt in Vermächtnis I, S. 586ff.

[45] Ein Interview Tschitscherins in „Iswestija" (26. September 1924), in dem jeder Zusammenhang zwischen Rußland und der Komintern abgestritten wird, trägt Stresemanns Randbemerkung: „Diese Heuchelei ist doch widerlich!", „Nachlaß", 3120/7178/157412.

[46] Hilger a. a. O., S. 182ff.; Louis Fischer, The Soviets in World Affairs (New York 1930), II, S. 583ff.; Helbig a. a. O., S. 318ff.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Russen wurden nun wirklich unruhig, und als trotz Rantzaus Warnungen[47] die deutsche Regierung sich weiter passiv verhielt, kam Krestinski Anfang März auf das russische Angebot zurück. Stresemann entschuldigte sich damit, daß durch den Tod Eberts die Angelegenheit verzögert worden sei, versprach aber eine baldige Stellungnahme. Auch versicherte er dem russischen Gesandten, daß der Sicherheitspakt die Grenzfrage im Osten unberührt lasse. Er gab zu, daß Deutschland von England und Frankreich gedrängt werde, dem Völkerbund bedingungslos beizutreten, aber er „glaube nicht, daß die Deutsche Regierung dies tun könne und werde"[48]. Stresemann war offensichtlich bemüht, sich weder nach Osten noch nach Westen eindeutig festlegen zu lassen, sondern Deutschlands Interessen nach beiden Seiten hin wahrzunehmen[49].

Diese Einstellung versuchte Brockdorff-Rantzau am 7. April 1925 in einer längeren Mitteilung dem Stellvertreter Tschitscherins, Maxim Litwinow, klarzulegen[50]. „Wenn die Sowjetregierung ein Interesse an einer Vertiefung der deutsch-russischen Beziehungen hat", sagte der Graf, „muß sie zugleich ein Interesse daran haben, daß Deutschland seinen politischen Schwächezustand überwindet und wieder zu einem beachtenswerten Faktor in der europäischen Politik erstarkt. Das ist nicht anders möglich, als daß das deutsche Gebiet aus der französischen Umklammerung befreit wird. Die Politik der Reichsregierung im Westen ist nichts anderes als die Abwehr derjenigen Bestrebungen des französischen Imperialismus, welche die Existenz Deutschlands unmittelbar bedrohen." Er gab zu, daß durch die Völkerbundsfrage auch das deutsch-russische Verhältnis berührt werde. Was jedoch die Verpflichtungen zu Sanktionsmaßnahmen aus Artikel 16 und 17 betreffe, so würde Deutschland durch sein Vetorecht im Völkerbundsrat „in den meisten Fällen die Möglichkeit der Neutralität gegenüber Rußland nicht verlieren". Natürlich könnte die Mitgliedschaft im Völkerbund Deutschlands Bewegungsfreiheit auch anderweitig einschränken. „Wenn man z. B. den Fall annehmen wollte, daß Ereignisse eintreten, die eine Zurückdrängung Polens in seine ethnographischen Grenzen unmittelbar in den Bereich der Möglichkeiten rücken, so würde ein aktives Eingreifen Deutschlands durch seine Zugehörigkeit zum Völkerbunde zum mindesten stark gehemmt werden. Das ist fraglos ein Moment von großer Tragweite. Andererseits wird diese Tragweite aber durch die Erwägung eingeschränkt, daß Deutschland in

---

[47] „Nachlaß", 3166/7310/158332: Br.-R. an Stresemann: „Ich wäre für eine baldige Stellungnahme zu den Anregungen Tschitscherins vom 29. Dez. v. J. in dem von mir angedeuteten Sinne außerordentlich dankbar, weil man hier anfängt, unruhig zu werden."

[48] „Nachlaß", 3166/7310/158430ff. Gekürzt in Vermächtnis II, S. 512.

[49] Anfang April erklärte er einigen Abgeordneten der D.N.V.P.: „Als ein Werkzeug gegen Rußland würden wir uns nicht benutzen lassen, daher blieben unsere Vorbehalte gegen den Völkerbund bestehen. Andererseits dürften wir nicht Rußland zuliebe das Rheinland ständigen Vexationen aussetzen." „Nachlaß", 3166/7312/158681.

[50] „Nachlaß", 3165/7415/175570ff. „Zusammenfassung der von dem Deutschen Botschafter in Moskau am 7. April 1925 im Namen der Reichsregierung dem Herrn Volkskommissar Litwinow gemachten Mitteilungen. (Dem russischen Botschafter Krestinski am 25. April 1925 übergeben.) Streng Vertraulich."

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einem solchen Falle auch als Nichtmitglied des Bundes mit der sicheren Gegnerschaft der Ententemächte, zum mindesten Frankreichs, Belgiens und der Tschechoslowakei zu rechnen hätte und demnach praktisch für absehbare Zeit an einem aktiven Vorgehen gegen Polen ohnehin gehindert wäre." Brockdorff-Rantzau wies dann weiter auf die Vorteile hin, die für Rußland erwüchsen „durch die für Deutschland bestehende Möglichkeit, innerhalb des Völkerbundes als Ratsmitglied allen antirussischen Tendenzen entgegenzuwirken". Und zum Schluß betonte er, „daß der Eintritt in den Völkerbund für die Reichsregierung keineswegs eine schon beschlossene Sache ist . . ." und daß „es noch sehr zweifelhaft ist, ob es zu einem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund kommt".

Während Brockdorff-Rantzau so Deutschlands Westpolitik vor den Russen zu verteidigen suchte, war er insgeheim selbst nicht mit dieser Politik einverstanden, da sie offensichtlich die deutsch-russischen Beziehungen gefährdete[51]. Mitte April fuhr er deshalb „unter lebhafter Zustimmung Stresemanns" zur Berichterstattung nach Berlin, wo er sich in den nächsten drei Monaten davon überzeugen konnte, daß seine Befürchtungen übertrieben schienen[52].

Um die gleiche Zeit, am 15. April 1925, hatte Stresemann wieder eine seiner vielen Unterredungen mit Krestinski. Der russische Gesandte beklagte sich erneut, „daß Deutschland in voller Öffentlichkeit ein Sicherheitsangebot an die Westmächte gemacht hätte, die Beratung über den von Rußland angebotenen Vertrag aber hinauszögere . . ."[53] Stresemann erwiderte, daß der Sicherheitspakt „keine Spitze gegen Rußland habe", daß der Pakt „ein gutes Verhältnis mit Rußland nicht ausschließe", und daß Rußland Verständnis dafür haben müsse, daß Deutschland seine Politik nicht lediglich auf ein Zusammengehen mit Rußland stützen könne. Der Abschluß eines Geheimvertrages mit Rußland vor Unterzeichnung des Sicherheitspaktes sei „eine Illoyalität" dem Westen gegenüber, die Deutschland vermeiden müsse.

Kurz nach dieser Unterredung erhielt Krestinski eine Abschrift der von Brockdorff-Rantzau an Litwinow gemachten Mitteilungen sowie ein Gutachten über Deutschlands Vorbehalte zu Artikel 16 der Völkerbundssatzungen. Aus ihrer Lektüre gewann Krestinski, wie er Stresemann mitteilte, den Eindruck, daß die Deutschen sich „innerlich schon für den vorbehaltlosen Eintritt in den Völkerbund entschlossen hätten und Rußland dazu überreden wollten, diesen Standpunkt als unbedenklich anzusehen"[54].

Diese russischen Bedenken gegen Deutschlands Völkerbundseintritt wurden Anfang Juni, als offizielle Antwort auf die Mitteilung Brockdorff-Rantzaus an Litwinow,

---

[51] Hilger a. a. O., S. 129, 134f.

[52] Helbig a. a. O., S. 319.

[53] „Nachlaß", 3114/7136/148689ff.: Aufzeichnung Stresemanns. Gekürzt in Vermächtnis II, S. 513f.

[54] „Nachlaß", 3113/7129/147795: Aufzeichnung Stresemanns. Gekürzt in Vermächtnis II, S. 514f.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem deutschen Außenminister überreicht[55]. Rußland erkannte darin den aufrichtigen Willen der deutschen Regierung an, trotz Abschluß des Sicherheitspaktes „die guten Beziehungen mit der U.d.S.S.R. aufrechtzuerhalten und weiter zu entwickeln", fürchtete jedoch, daß die Logik der Entwicklung „allmählich zu einer völligen Umorientierung nach Westen und zur Einbeziehung Deutschlands in Kombinationen dieser oder jener Ententemächte gegen die U.d.S.S.R." führen werde. Rußland sei daher „nicht allein gegen den vorbehaltlosen Eintritt in den Völkerbund, sondern gegen jeglichen Eintritt überhaupt", den es als „Schritt auf dem Weg zur tatsächlichen Vernichtung des Vertrages von Rapallo" bezeichnete. Wenn Deutschland auf seinen Plänen bestehen sollte, so würde die Sowjetunion gezwungen sein, „andere Wege zu suchen".

Diese versteckte Drohung Rußlands, sowie seine Opposition gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund überhaupt, machten eine weitere Klärung der deutschen Haltung notwendig. Diese erfolgte in Form von internen „Richtlinien für die Fortsetzung der politischen Verhandlungen mit Rußland"[56]. Die deutsche Regierung, so hieß es darin, könne sich nicht der Möglichkeit begeben, „die Eintrittsfrage gegebenenfalls nach freiem Ermessen zu entscheiden. Nach sorgsamer Prüfung der Tragweite des Artikels 16 ist sie der Überzeugung, daß von diesem Artikel eine Beeinträchtigung der deutsch-russischen Beziehungen . . . selbst dann nicht befürchtet zu werden braucht, wenn der deutsche Vorbehalt wegen des Artikels 16 nicht formell von den Alliierten anerkannt wird. Deutschland wird auch ohne eine derartige formelle Anerkennung seines Vorbehalts in den praktisch denkbaren Fällen stets in der Lage sein, nicht nur seine Beteiligung an einer Bundesexekution gegen Rußland abzulehnen, sondern überhaupt eine solche Bundesexekution unmöglich zu machen". Als Erfüllung des russischen Vorschlags für einen Neutralitätsvertrag sahen die „Richtlinien" eine allgemeine „Grundformel" vor, die als Präambel in einen der mit Rußland abzuschließenden Wirtschaftsverträge hineingearbeitet werden könnte[57]. Sollte sich eine formelle Befreiung von den Verpflichtungen aus Artikel 16 nicht erreichen lassen, so könnten dann den Russen weitere mündliche Versicherungen gegeben werden.

Rußlands Befürchtungen, daß Deutschland eventuell vorbehaltlos in den Völkerbund eintreten werde, waren somit begründet. Auch hatte die deutsche Regierung

---

[55] „Nachlaß", 3165/7415/175580ff.

[56] „Nachlaß", 3165/7415/175588ff.

[57] Der Text der Präambel lautete folgendermaßen: „Beide Regierungen sind von der Erkenntnis durchdrungen, daß das Wohl des deutschen und des russischen Volkes eine freundschaftliche, friedliche Zusammenarbeit beider Länder erfordert. Sie sind deshalb entschlossen, die gegenseitigen Beziehungen im Geiste des Vertrages von Rapallo weiter zu pflegen und in allen die beiden Länder gemeinsam berührenden politischen wie wirtschaftlichen Fragen in dauernder freundschaftlicher Fühlung gegenseitige Verständigung anzustreben, unter dem Gesichtspunkte, für den allgemeinen Frieden Europas zu wirken und sich von allen etwa hervortretenden Bestrebungen fernzuhalten, die diesen Frieden gefährden könnten." „Nachlaß", 3165/7415/175594.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gar nicht die Absicht, einen förmlichen Neutralitätsvertrag, wie ihn die Russen wünschten, abzuschließen. Der Grund hierfür lag einmal in der Furcht Stresemanns, daß ein Geheimvertrag mit den Sowjets die Verhandlungen über den Sicherheitspakt gefährden könne[58]. Indessen hatte diese Gefahr auch ihre Kehrseite, indem sie nämlich Stresemann ermöglichte, aus der Furcht der Alliierten vor einer deutsch-russischen Verständigung Kapital zu schlagen. Er versuchte dies ohne Erfolg in einer Unterredung mit Lord d'Abernon am 10. Juni 1925[59]. Aber es gab noch einen tieferen Grund für Deutschlands kühle Haltung Rußland gegenüber. Damals schwebte in Moskau das Verfahren gegen zwei deutsche Studenten – Kindermann und Wolscht – wegen angeblicher Attentatspläne gegen Stalin und Trotzki[60]. Die Unhaltbarkeit der Anklage (in die auch Gustav Hilger verwickelt war) beeindruckte Stresemann derart, daß er an der Möglichkeit jeder weiteren Verständigung mit Rußland zu zweifeln begann[61]. „Ich vermag nicht", so schrieb er in sein Tagebuch, „wenigstens nicht solange der Bolschewismus dort herrscht, mir von einem Zusammengehen viel zu versprechen[62]." Was ihn besonders am Bolschewismus abstieß, war seine Verbindung zur Komintern. „Eine Ehe einzugehen mit dem kommunistischen Rußland", so schrieb er, „hieße sich mit dem Mörder des eigenen Volkes ins Bett legen. Schließlich kann auf die Dauer nicht die Fiktion aufrechterhalten werden, daß es eine russische Regierung gibt, die eine deutschfreundliche Politik treibt, und eine Dritte Internationale, die sich bemüht, Deutschland zu unterminieren[63]."

Einen interessanten Einblick in Stresemanns Einstellung gegenüber Rußland gibt ein Artikel „Sicherheitspakt, Völkerbund und Ostfragen", den er im Sommer 1925 unter dem Pseudonym „Dr. Hans Schumann" in den „Deutschen Stimmen" veröffentlichte[64]. Deutschland wird hier mit dem Reiter in der Fabel verglichen, „dem zur Seite diejenigen traben, die ihn zu sich herüberziehen wollen". Was die russi-

---

[58] Vgl. S. 16 oben, sowie „Nachlaß", 3113/7129/147845ff. Aufzeichnung Stresemanns über die Unterredung mit Krestinski vom 10. Juni 1925. Gekürzt in Vermächtnis II, S. 516.

[59] Vermächtnis II, S. 102. Aufzeichnung Stresemanns: „. . . Wenn wir tatsächlich durch unseren Eintritt in den Völkerbund unsere Beziehungen zu Rußland aufs Spiel setzten, müßten wir auch eine entsprechende Entschädigung dafür erhalten, z. B. die Räumung des gesamten Rheinlandes, die Wiedergabe von Eupen-Malmedy und ein koloniales Mandat. Der Botschafter überhörte letzteres, erklärte aber, er sei überzeugt, daß man sich über eine Abkürzung der Besatzungsfristen würde verständigen können."

[60] Hilger a. a. O., S. 137ff. Die Studenten wurden zum Tode verurteilt, jedoch später, zusammen mit einigen deutschen „Spionen", gegen den russischen Agitator Skobelewski, der in Deutschland zum Tode verurteilt worden war, ausgetauscht. Vgl. auch Vermächtnis II, S. 520ff.; Theodor Seibert, Red Russia (London 1932), S. 272ff.

[61] „Nachlaß" 3114/7136/148543ff.

[62] Vermächtnis II, S. 154.

[63] „Nachlaß", 3113/7129/147850.

[64] Dr. Hans Schumann, „Sicherheitspakt, Völkerbund und Ostfragen", Deutsche Stimmen, 5. Aug. 1925. Die Besprechung hier stützt sich auf das Manuskript des Artikels, „Rund um den Sicherheitspakt", mit eigenhändigen Korrekturen Stresemanns, in: „Nachlaß", 3168/7316/159579ff.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Herüberziehungsversuche betraf, so würde es eine Überschätzung sein, von einem deutsch-russischen Bündnis die Zersprengung der Fesseln von Versailles zu erwarten. „Irgendeine blinde Vorliebe für Deutschland", so heißt es, „ist in Sowjet-Rußland nicht vorhanden", und wäre nicht die Frage der zaristischen Schulden, so hätte sich Rußland längst mit Frankreich verständigt. Außerdem würden die Franzosen im Kriegsfall stets schneller an der Elbe stehen als die Russen. „Weit schwieriger aber wird das Problem dadurch, daß der Kommunismus Weltreligion ist und nur bestehen kann, wenn er sich auszudehnen vermag. Eine russische Armee, die mit Deutschland gegen Frankreich zöge, würde Trägerin der kommunistischen Ideen sein, und die Dritte Internationale würde dafür sorgen, daß dieser Ideenzusammenklang mit den deutschen Vertretern der Kommunistischen Partei zunächst sichergestellt würde, ehe es sich vielleicht um die politische Sicherstellung des Kampfes handelt. ... Freundschaftliche Beziehungen zum Russischen Reich – Kampf gegen die Dritte Internationale und die Bestrebungen eines Sinowjew, sobald sie sich in Deutschland zeigen", so schließt der Artikel, „das ist für die nächste Gegenwart die einzige Möglichkeit der deutsch-russischen Beziehungen." Hier, in dieser immer wiederkehrenden ablehnenden Haltung Stresemanns gegen den Kommunismus, liegt der wirklich tiefere Grund für seine Skepsis gegenüber allen russischen Annäherungsversuchen.

Während Deutschland so mit den Alliierten verhandelte und die Russen hinhielt, wurden letztere immer unruhiger. Am 13. Juni machte Litwinow, obwohl „sehr krank", auf seiner Reise nach Marienbad in Berlin Station, um Stresemann seine „sehr großen Besorgnisse wegen der deutsch-russischen Beziehungen" vorzutragen[65]. Was er besonders befürchtete, war eine Einspannung Deutschlands in die antirussische Politik Englands. Eine derartige Entwicklung, so warnte er, könne eventuell zu einer engeren Fühlungnahme Rußlands mit Frankreich oder gar mit Polen führen, „eine Entwicklung, die er bedauern würde". Litwinow beklagte sich auch über die Verzögerung in den deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen, deren Abschluß „ein politischer Akt nach außen werden würde". Stresemann versuchte die russischen Befürchtungen mit den gewöhnlichen Argumenten zu beruhigen und versprach alles zu tun, um den Abschluß der Wirtschaftsverhandlungen zu beschleunigen. Leider sei Deutschland, so sagte er etwas spitz, nicht in der glücklichen Lage, so wie Rußland diese Dinge diktatorisch behandeln zu können, sondern man benötige die parlamentarische Zustimmung zu allen Verträgen.

Um den Abschluß der Wirtschaftsverträge vorwärtszutreiben, bat Stresemann jetzt in einer längeren Unterredung den Grafen Rantzau, der immer noch in Berlin weilte, auf seinen Posten zurückzukehren, um dort „kraft seines starken persönlichen Einflusses ... die Dinge zu wenden"[66]. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich, daß der Botschafter seine ursprüngliche Zustimmung zu den „Richtlinien für die Fortsetzung der politischen Verhandlungen mit Rußland" geändert hatte. Speziell

[65] „Nachlaß", 3113/7129/147857ff. Gekürzt in Vermächtnis II, S. 516ff.
[66] „Nachlaß", 3113/7129/147876ff. Gekürzt in Vermächtnis II, S. 518f.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bezeichnete er die vorgeschlagene „Präambel“[67] als „wertlos“, weil die Russen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als mit der Präambel unvereinbar hinstellen und deshalb scharf bekämpfen würden. Es gelang Stresemann jedoch, diese Bedenken Brockdorff-Rantzaus noch einmal zu beschwichtigen, und am 25. Juni reiste der Botschafter nach Moskau zurück, begleitet von Herbert von Dirksen, dem Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes, der bei den Wirtschaftsverhandlungen sekundieren sollte[68].

Die Anstrengungen Dirksens blieben jedoch erfolglos, da eine Einigung über die Hauptpunkte eines Handelsvertrages nicht zu erzielen war[69]. Ebenso erfolglos waren Brockdorff-Rantzaus Versuche, Rußlands Einwilligung zu der Präambel zu erhalten, die er aus Berlin mitgebracht hatte. Am 18. Juli übergab ihm Tschitscherin eine veränderte Fassung der Präambel, welche neben einer ausgesprochenen Neutralitätserklärung auch die Bestimmung enthielt, daß Deutschlands Völkerbundseintritt der Einwilligung Rußlands bedürfe[70]. Da dies für Deutschland unannehmbar war, so hatten sich die deutsch-russischen Verhandlungen schon sehr bald wieder festgelaufen.

So lagen die Dinge, als Deutschland Mitte September die Einladung zur Locarnokonferenz erhielt. Um den zu erwartenden Entscheidungen näher zu sein, beschloß Tschitscherin jetzt plötzlich, „zur Kur“ nach Deutschland zu fahren. Unterwegs machte er in Warschau halt, um über engere wirtschaftliche und politische Beziehungen mit Polen zu verhandeln, eine Warnung, die ihren Eindruck auf Deutschland jedoch verfehlte[71]. Tschitscherin erreichte Berlin am 30. September und hatte sofort eine vierstündige Unterredung mit Stresemann[72]. Nach einem einführenden Wortwechsel über die Tätigkeit der Komintern in Deutschland sowie über die schwebenden Wirtschaftsverhandlungen nahm das Gespräch „allmählich einen ruhigeren und normalen Verlauf“, besonders nachdem Stresemann sich bereit erklärt hatte, den deutsch-russischen Handelsvertrag so bald wie möglich zustande zu bringen, „um dem Gerede über die westliche Orientierung entgegenzutreten“. Stresemann bat Tschitscherin sodann, ihm doch einmal die russischen Beschwerden gegenüber Deutschlands Politik vorzutragen. Tschitscherin begann mit dem Rapallo-Vertrag, der „gewiß zunächst ein wirtschaftlicher Vertrag gewesen sei“, dessen Geist sich jedoch in einer gemeinschaftlichen Politik habe auswirken sollen. In diesem Sinne habe wohl Brockdorff-Rantzau im vergangenen Dezember „ein Zusammenwirken zwischen Rußland und Deutschland gegen Polen vorgeschlagen“, mit dem Ziel, „Polen auf seine ethnographischen Grenzen zurückzu-

[67] Vgl. oben, Anm. 57.

[68] Dirksen a. a. O., S. 67 ff.

[69] „Nachlaß“, 3113/7129/147 885 ff.; 3114/7136/148 543; Vermächtnis II, S. 150. Es findet sich kein Anhalt für die Feststellung in Kochan a. a. O., S. 107, daß Stresemann „den Ausgang der Verhandlungen von der vorherigen Einigung über den Westpakt abhängig machte“.

[70] Hilger a. a. O., S. 145.

[71] Hilger a. a. O., S. 136; Kochan a. a. O., S. 108 f.

[72] „Nachlaß“, 3113/7129/147 979 ff. Gekürzt in Vermächtnis II, S. 523 ff. Der volle Text jetzt in Erdmann a. a. O., S. 153 ff.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

drängen". Das Wort „zurückdrängen" sei von Rußland verstanden worden „als ein militärisches Zusammenwirken gegenüber Polen, um das heutige Polen zu zertrümmern". Rußland habe daher als ersten Schritt einen Neutralitätsvertrag vorgeschlagen, habe darauf als Antwort von Deutschland jedoch bisher nur eine Formel[73] erhalten, „die vielleicht für einen Trinkspruch geeignet sei, aber nicht für einen Staatsvertrag. Man könne sie mit Goethe ‚Bekenntnisse einer schönen Seele' nennen. Gleichzeitig habe Herr v. Dirksen in Moskau erklärt, daß Deutschland unter Umständen bedingungslos in den Völkerbund eintreten würde und erst nach seinem Eintritt eine einseitige Erklärung bezüglich des Art. 16 abgeben würde."

Stresemann war „erstaunt", „bestürzt" und „befremdet" über die Mitteilungen Tschitscherins, da ihm von einem deutschen Bündnisangebot zur Aufteilung Polens nichts bekannt sei. Staatssekretär von Schubert, den er sofort anrief, versicherte ihm, daß ein solches Angebot niemals erfolgt sei, hielt es aber für möglich, daß Brockdorff-Rantzau „davon gesprochen hätte, daß Polen nur innerhalb seiner territorialen[74] Grenzen existenzberechtigt sei". Die Frage wurde erst endgültig in einer weiteren Unterredung zwischen Stresemann und Tschitscherin am nächsten Tage erledigt[75]. Stresemann hatte sich inzwischen an Hand der Akten über den Hergang bei dem angeblichen Bündnisangebot unterrichtet. Diese zeigten ganz klar, so sagte er, „daß die Anregung zu dem Gedankenaustausch über Polen und ebenso die Formulierung des dabei zu Erreichenden . . . von russischer Seite ausgegangen sei". Tschitscherin ging hierauf nicht näher ein, bestand jedoch darauf, daß der Satz, den er in der früheren Unterredung über die deutsch-polnische Politik gebraucht habe, ihm von Graf Rantzau aus seiner Berliner Instruktionen vorgelesen worden sei. Stresemann gab zu, daß dieser Satz, über die Zurückdrängung Polens auf seine ethnographischen Grenzen, in den Berliner Instruktionen gestanden habe, „aber nicht etwa als Mittelpunkt . . . nicht etwa als ein Bündnisangebot", und daß „dem Grafen Rantzau völlig anheimgestellt worden sei, ob er diese . . . Ausführung überhaupt machen wolle". In Rantzaus Bericht über die Unterredung mit Tschitscherin werde der Satz über Polen „als eine Andeutung bezeichnet, allerdings hinzugefügt, daß Herr Tschitscherin diese Andeutung sehr begrüßt hätte".

Damit war die Angelegenheit erledigt. Dirksen stellt in seinen Erinnerungen fest, daß Tschitscherins Behauptung sich bei Prüfung der Akten „als völlig unbegründet herausstellte"[76]. Hilger jedoch schreibt, daß „eine weitere Teilung Polens das stillschweigende Ziel beider Regierungen während der Zeit zwischen den Kriegen war. Die gebräuchliche Formel war, ‚Polen auf seine ethnographischen Grenzen zurückzudrängen'"[77]. Die gleiche Formel wird auch von Brockdorff-Rantzau in seiner Mitteilung an Litwinow am 7. April 1925 gebraucht[78].

---

[73] Damit war die deutsche „Präambel" gemeint. Vgl. oben.

[74] Muß wohl heißen: ethnographischen.

[75] „Nachlaß", 5113/7129/147 992ff. Vgl. auch Erdmann a. a. O., S. 158ff.

[76] Dirksen a. a. O., S. 70.

[77] Hilger a. a. O., S. 154.

[78] Vgl. oben, S. 9.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tschitscherins Darstellung des Dezembergesprächs mit dem Grafen entbehrt daher nicht ganz so der Grundlage, wie Stresemann dies darzustellen bemüht war. Eine Stellungnahme Brockdorff-Rantzaus erfolgte anscheinend nicht.

Was die zweite Behauptung Tschitscherins anging, Dirksen habe von einem bedingungslosen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gesprochen[79], so erklärte es Stresemann als „ganz ausgeschlossen", daß Dirksen solche Äußerungen getan habe. Wie wir jedoch bereits gesehen haben, wurde in den deutschen „Richtlinien für die Fortsetzung der politischen Verhandlungen mit Rußland" ein vorbehaltloser Eintritt Deutschlands als durchaus möglich betrachtet[80].

Stresemann war in diesen Unterredungen ernstlich bemüht, Tschitscherins Bedenken gegen Deutschlands Westpolitik zu zerstreuen. Wenn Deutschland im Völkerbund wäre, so sagte er, würde es darüber wachen, „daß der Völkerbund sich nicht zu einem Instrument auswachse, das den Krieg gegen Rußland auf seine Fahnen schriebe". Was die von Tschitscherin besonders gefürchtete „Gefahr eines englisch-deutschen Zusammenarbeitens gegen Rußland" betraf, so mußte der russische Außenminister schließlich selbst zugeben, daß er dabei höchstens an einen wirtschaftlichen Boykott dachte, und Stresemann beruhigte ihn damit, daß die deutsche Wirtschaft sich von keiner Seite vorschreiben lassen würde, mit Rußland keine Geschäfte zu machen. Die von Tschitscherin als „Trinkspruch" verspottete Präambel ging, nach Stresemanns Auslegung, viel weiter als die von den Russen vorgeschlagene Formel, nach der sich die Partner versprechen sollten, „von einem feindseligen Akt abzustehen". Stresemann war jedoch bereit, etwaige russische Abänderungsvorschläge für die Präambel zu diskutieren. Im großen ganzen scheint es Stresemann gelungen zu sein, Tschitscherin zu überzeugen, daß Rußland nichts von den Locarnoverhandlungen zu befürchten hätte[81]. Die Ankündigung, noch vor Stresemanns Abfahrt nach Locarno, daß der deutsch-russische Handelsvertrag vor der Unterzeichnung stehe – er wurde am 12. Oktober unterzeichnet und war „ein großer Erfolg" für die Sowjets[82] –, trug weiterhin zur Beruhigung der Russen bei. Ein Frühstück, das Reichskanzler Luther zu Ehren Tschitscherins gab und an dem Stresemann, von Schubert, Seeckt, Geßler und Fürst Bülow teilnahmen, „verlief in sehr angeregter Stimmung"[83]. Als Zeichen, daß die Ostfragen in Locarno nicht

[79] Vgl. oben, S. 15.

[80] Vgl. oben, S. 11.

[81] Fischer a. a. O., II, S. 606. Es findet sich jedoch kein Anhalt für Fischers Feststellung (von Kochan a. a. O., S. 109 wiederholt) „daß Stresemann Tschitscherin fest versprach, weder den Locarnovertrag anzunehmen noch dem Völkerbund beizutreten ohne vorherige Einschränkung des Art. 16".

[82] Hilger a. a. O., S. 183. Zu diesem wichtigen Abkommen vgl. auch Helbig a. a. O., S. 520; Kurt Gerner, Die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland, Diss. Jena 1931 (Berlin 1931); Mario da Baranca, Germania e Russia 1921–1941 (Milano 1942), S. 25–64; Jürgen Kuczynski und Grete Wittkowski, Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen in den letzten 150 Jahren (Berlin 1947), II. Teil: Weimarer Republik und Sowjetunion 1919–1932, S. 39–82.

[83] Max von Stockhausen, Sechs Jahre Reichskanzlei – Von Rapallo bis Locarno (Bonn 1954), S. 176.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vergessen werden sollten, wurde Dirksen in letzter Minute zur Konferenz mitgenommen[84]. Tschitscherin gab jedoch noch während der Locarnoverhandlungen Interviews, in denen er seinen Besorgnissen über Artikel 16 sowie ein deutsch-englisches Zusammengehen Luft machte, so daß Stresemann nochmals ausdrücklich betonen mußte, daß es für Deutschland keine Option zwischen Ost und West gäbe, sondern daß es nach beiden Seiten gute Beziehungen anstrebe[85]. Tschitscherins Agitation hatte aber auch gewisse Vorteile, indem sie nämlich den Westmächten zeigte, daß Deutschland immer noch der Weg nach Osten offen stand.

Stresemanns Versuch, Deutschlands Interessen nach Osten wie nach Westen wahrzunehmen, mußte vor allem darauf abzielen, die Alliierten zur Anerkennung der deutschen Vorbehalte gegen Artikel 16 zu bewegen[86]. Das Thema wurde am vierten Tage der Konferenz angeschnitten, als Deutschlands Völkerbundseintritt zur Debatte stand[87]. Stresemann zählte dabei folgende Möglichkeiten einer deutschen Mitwirkung bei einem Vorgehen des Völkerbundes auf: „1. eine direkte militärische Beteiligung, 2. eine indirekte militärische Beteiligung (Durchmarschrecht), 3. wirtschaftliche Mithilfe bei Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen zu den betreffenden Ländern." Der Einwand, Deutschland könne jegliches Vorgehen des Völkerbundes durch sein Vetorecht unmöglich machen, sagte Stresemann, sei nur dann richtig, wenn es unklar sei, wer der Angreifer sei. In allen anderen Fällen würde eine derartige Weigerung Deutschlands „zu seiner moralischen Isolierung führen". Was nun eine direkte militärische Mitwirkung angehe, so sei diese wegen des Standes der Abrüstung unmöglich. Das gleiche gelte für den Durchmarsch fremder Truppen, da sich hieraus die größten innerpolitischen und außenpolitischen Schwierigkeiten ergeben würden. Die Beteiligung Deutschlands an einem wirtschaftlichen Boykott schließlich hielt Stresemann wohl für möglich, jedoch für gefährlich. Als spezifisches Beispiel erwähnte er die Möglichkeit eines polnisch-russischen Krieges. Ein deutscher Boykott gegen Rußland würde dann zweifellos von Moskau mit einer Kriegserklärung beantwortet werden, und in diesem Falle „wäre es möglich, daß die russischen Heere ganz Deutschland überfluteten und der Bolschewismus bis an die Elbe vordringe. Deutschland werde in einem solchen Augenblick niemand haben, der ihm zur Seite stünde." Bis die Abrüstungsbestrebungen des Völkerbundes Erfolg hätten, so schloß Stresemann, und der Unterschied zwischen gerüsteten und nichtgerüsteten Völkern verschwunden sei, „müsse im Einzelfalle jedes Land die Möglichkeit haben, über den Umfang der Teilnahme an Aktionen des Völkerbundes aus Artikel 16 selbst zu entscheiden".

[84] Herbert von Dirksen, Moscow, Tokyo, London (University of Oklahoma Press 1952), S. 59. Dieser Hinweis findet sich nicht in der deutschen Ausgabe.

[85] Kochan a. a. O., S. 110; Vermächtnis II, S. 528.

[86] Über Deutschlands Vorbehalte gegen Art. 16 vgl. die Denkschrift von Friedrich Gaus, „Die Bedeutung des Art. 16 der Völkerbundssatzung für Deutschland", „Nachlaß", 3114/7136/148699 ff. – Zur innerpolitischen Seite von Locarno wird in einem der nächsten Hefte dieser Zeitschrift eine Dokumentation erfolgen. Hrsg.

[87] „Nachlaß", 3169/7319/160067 ff. Dirksens Aufzeichnung über die Sitzung vom 8. Oktober 1925.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Briand, der nach Stresemann sprach, bedauerte Deutschlands ablehnende Haltung, da diese sich im Kriegsfalle für einen Angreifer auswirken würde. „Es sei nicht möglich", sagte er, „mit dem einen Fuß im Völkerbund zu stehen, mit dem anderen Fuß aber, oder doch wenigstens mit der Fußspitze, in einem anderen Lager." Im Falle eines russischen Angriffes „würde Deutschland von seinen Freunden umgeben sein, die ihm helfen würden. Er könne sich nicht denken, daß Deutschland einem Rußland, das die Zivilisation angreife, wirtschaftlich Beistand leisten wolle." Austen Chamberlain und einige der anderen Verhandlungsteilnehmer unterstützten Briands Bitte, Deutschland möge von seinen Vorbehalten gegen Artikel 16 absehen. Doch Stresemann berief sich jetzt auf die kommunistische Gefahr in Deutschland, die im Kriegsfalle alle Kräfte im Innern beanspruchen würde. Deutschland, so setzte er hinzu, erstrebe aber gar keine Änderung, sondern nur eine Interpretation des Artikels 16, und zwar im Sinne des Genfer Protokolls, in dem Rücksicht auf die militärische und geographische Lage eines Landes genommen werde.

Stresemanns Anspielung auf das Genfer Protokoll wird klarer, wenn man die geheimen Instruktionen der deutschen Locarnodelegation liest[88]. Hier werden die verschiedenen Möglichkeiten erwogen, Deutschland von den Verpflichtungen des Artikels 16 zu befreien. Der radikalste Weg, der einer Änderung der Satzung des Völkerbundes, so daß entwaffnete Staaten wie Deutschland an Bundesexekutionen nicht teilzunehmen brauchten, würde einen einstimmigen Beschluß der Bundesversammlung erfordern und sei daher völlig aussichtslos. Ein anderer Weg ergab sich jedoch aus der Unbestimmtheit des Artikels 16, welche Raum für Interpretationen ließ, und hier, so hieß es in den Instruktionen, „könnte uns vielleicht das bekannte Genfer Protokoll einen Fingerzeig geben"[89]. Dort war nämlich die Tragweite des Artikels 16 dahingehend interpretiert worden, daß die Signatarstaaten einer Angriffshandlung begegnen sollten „in dem Maße, das ihnen ihre geographische Lage und die besonderen Verhältnisse ihres Rüstungsstandes erlauben". Hier haben wir die Interpretation des Artikels 16 im Sinne des Genfer Protokolls, von der Stresemann bei den Locarnoverhandlungen sprach.

Von da an regelte sich die Angelegenheit sehr schnell. Zwei Tage später, während des berühmten Ausflugs auf der „Orangenblüte"[90], einigten sich Stresemann, Briand und Chamberlain auf eine Formel, die sich eng an das Genfer Protokoll hielt. Danach wurde der Artikel 16 so interpretiert, daß ein Mitgliedstaat künftig einer Angriffshandlung in einem Maße entgegentritt, „das mit seiner militärischen Lage verträglich ist und das seiner geographischen Lage Rechnung trägt"[91]. Am 12. Oktober, auf der sechsten Sitzung der Konferenz, stellte Stresemann dann weiterhin fest, daß die deutsche Delegation diese Formel so verstehe, „daß auch das Maß der

[88] „Nachlaß", 3113/7151/148289ff.: „Die deutschen Bedenken gegen den Art. 16 der Völkerbundssatzung".

[89] Zum Genfer Protokoll vgl. David Hunter Miller, The Geneva Protocol (New York 1925).

[90] Vermächtnis II, S. 192f.

[91] „Nachlaß", 3169/7319/160221.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mitwirkung auf wirtschaftlichem Gebiet sich nach der Beurteilung der militärischen Situation richte". Die anderen Verhandlungsteilnehmer hatten an dieser Auslegung nichts auszusetzen[92].

Stresemann hatte damit einen großen diplomatischen Erfolg errungen. Deutschland konnte jetzt dem Völkerbund beitreten, ohne verpflichtet zu sein, sich an einer Exekution gegen Rußland zu beteiligen. Gleichwohl war auch damit die Möglichkeit einer deutschen Verpflichtung nicht ganz aus der Welt geräumt. Die von den Locarnomächten unterzeichnete Kollektivnote über Artikel 16 machte nämlich Deutschlands Mitwirkung von seiner jeweiligen militärischen Lage abhängig. Chamberlain hatte dies bereits bei den Verhandlungen festgestellt, indem er sagte, „es sei unmöglich für ihn, nach London zurückzukehren und dem englischen Parlament zu sagen, daß der Zweck des kollektiven Notenentwurfes gewesen sei, Deutschland ein Recht auf Neutralität hinsichtlich des Artikels 16 zu geben. Nach seiner Ansicht habe die Deutsche Delegation nicht Neutralität gefordert . . . Sie habe nur darum ersucht, daß gegebenenfalls die gegenwärtige Lage Deutschlands bei der gegenwärtigen Lage Europas in Berücksichtigung gezogen werden solle."[93] Wie aber nun, wenn sich Deutschlands Lage plötzlich ändern sollte? Auch darauf hatte Chamberlain bereits früher hingewiesen. Wenn nötig, so hatte er gesagt, würden „diejenigen, die Deutschland entwaffnet haben, . . . die ersten sein, die Deutschland wieder bewaffnen[94]". Deutschlands Befreiung von den Bestimmungen des Artikels 16 war daher nur eine bedingte. Diese Tatsache blieb natürlich auch den Russen nicht verborgen, und mehr denn je hofften sie daher auf einen unzweideutigen Neutralitätsvertrag mit Deutschland[95].

Kaum war Stresemann aus Locarno zurück, als ihn Krestinski auch schon mit einem entsprechenden Anliegen aufsuchte. Stresemann wollte jedoch vorerst die Ankunft Brockdorff-Rantzaus abwarten, der jeden Tag aus Moskau erwartet wurde[96]. Der Graf, genau wie die Russen, war durch die Locarnoverträge tief beunruhigt, da er in ihnen eine einseitige politische Bindung sah, „die sich im besonderen gegen die mit Rußland betriebene Interessengemeinschaft richtete"[97]. Rantzau traf am 4. November in Berlin ein und machte sofort seiner Opposition gegen Locarno in einem längeren Memorandum an den Reichspräsidenten Luft[98]. Als dies nicht den gewünschten Erfolg hatte, suchte er um eine Audienz bei Hindenburg nach, in deren Verlauf er um seinen Abschied bat. Er beklagte sich besonders darüber, in der ganzen Frage des Westpaktes nicht informiert worden zu sein. Es gelang Hindenburg jedoch, den Grafen von seinem Entlassungsgesuch abzubringen,

[92] „Nachlaß", 3169/7319/160098ff.

[93] „Nachlaß", 3169/7319/160107.

[94] „Nachlaß", 3169/7319/160067ff.

[95] Hilger a. a. O., S. 138.

[96] „Nachlaß", 3113/7129/149011: Aufzeichnung Stresemanns vom 29. Oktober 1925. Gekürzt in Vermächtnis II, S. 528.

[97] Helbig a. a. O., S. 320; vgl. auch Peter Laukhard, Brockdorff-Rantzau contra Versailles (Berlin 1935), S. 57f.

[98] Helbig a. a. O., S. 321f.; Hilger a. a. O., S. 137.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

da Rußland in seinem Rücktritt die Absicht eines Wechsels in Deutschlands Politik erblicken würde. Rantzau hatte anschließend eine längere Aussprache mit Stresemann, um „eine Reihe von Mißverständnissen" aus dem Wege zu räumen[99]. Für die meisten dieser Mißverständnisse machte der Graf den Staatssekretär von Schubert verantwortlich, gegen den er eine tiefe Abneigung hegte. Rantzau sagte, er sei „tief erschüttert" über den Vorwurf, daß er Stresemanns Politik „auf das schärfste angreife", gab jedoch seine „prinzipielle Abneigung gegen die inaugurierte Politik" zu. Die Unterhaltung war ziemlich verworren, da Rantzau dauernd von einem Thema ins andere kam, und es ist nicht ganz klar, inwieweit seine Opposition gegen Locarno sachlich begründet war oder auf gekränktem Stolz beruhte – weil man ihn „als ehemaligen Minister, der Versailles abgelehnt habe und jetzt Botschafter in der Sowjetunion sei"[100], nicht über die Locarnobesprechungen informiert hatte. Jedenfalls lag ihm sehr viel an dem weiteren Vertrauen des Außenministers, und die Verstimmung zwischen beiden schien mit dieser Aussprache behoben zu sein[101].

Inzwischen waren die Verhandlungen für einen deutsch-russischen Neutralitätsvertrag wiederaufgenommen worden, und am 11. Dezember besprachen Stresemann und von Schubert mit Krestinski und Bratman-Brodowski den neuesten russischen Text für einen derartigen Vertrag[102]. Dabei ergaben sich jedoch sofort wieder eine Reihe von Differenzen. Während die Russen eine Art von Sicherheitsvertrag wünschten, der Deutschland in allen Fällen an feindlichen Handlungen gegen Rußland hindern sollte, schlugen die Deutschen ein allgemeineres Abkommen vor, mit dem Nachdruck nicht auf der Kriegsmöglichkeit, sondern auf der Erhaltung des Friedens. „Wenn Deutschland jetzt ein Neutralitätsabkommen, das sich auf den Kriegsfall bezöge, mit Rußland abschlösse", sagte Stresemann, „so müsse der Eindruck entstehen, daß Deutschland der Ansicht sei, einmal mit Erfolg Krieg führen zu können, sich jedenfalls mit der Möglichkeit der Führung eines Krieges beschäftige. Vielleicht gebe es eine andere Formel, die vielleicht dahin lauten könnte, daß die beiden Mächte alles tun würden, für den allgemeinen Frieden zu wirken, und kriegerische Verwicklungen zwischen Deuschland und Rußland zu vermeiden." Krestinski fragte darauf, wie die Sache aussehen würde, wenn im Falle eines Konfliktes der Westmächte mit Rußland die Westmächte Deutschland plötzlich die Erlaubnis geben würden, 500000 Mann unter die Waffen zu rufen, und Deutschland das dazu nötige Kriegsmaterial zur Verfügung stellten? Stresemann bezweifelte, daß dieser Fall je eintreten würde, und selbst wenn er einträte, so sei doch „die Zeit auf immer vorüber, wo sich Deutschland als Landsknecht gegen

---

[99] „Nachlaß", 3113/7129/148095ff.: Tagebuch Stresemanns, 14. Dez. 1925. Gekürzt in Vermächtnis II, S. 534f.

[100] Helbig a. a. O., S. 321.

[101] Helbig a. a. O., S. 322, stellt dagegen fest: „Die Verstimmung des Botschafters über die Politik des Ministers konnte indessen auch durch eine Unterredung mit Stresemann nicht beseitigt werden."

[102] „Nachlaß", 3113/7129/148073ff.: Aufzeichnung Stresemanns. Gekürzt in Vermächtnis II, S. 529ff.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

andere verwenden ließ". „Es könne doch kein Zweifel darüber bestehen", so schloß Stresemann die Besprechung, „daß Deutschland zu Abmachungen mit Rußland kommen wolle."

Die Verhandlungen wurden am 22. Dezember fortgesetzt, als Tschitscherin auf der Rückreise von Paris bei Stresemann vorsprach, um über seinen Besuch bei Briand zu berichten[103]. Stresemann wandte sich wiederum gegen den russischen Neutralitätsvorschlag, „da seine Formulierung den Eindruck erwecken könnte, als wenn Deutschland sich mit kriegerischen Gedanken trüge". Statt dessen las er Tschitscherin aus einem von Gaus ausgearbeiteten Gegenvorschlag[104] vor, der Tschitscherin „sehr zu gefallen schien". Darin hieß es, daß der Fall, daß Deutschland in einen bewaffneten Konflikt hineingezogen werden könnte, den Rußland durch seinen Angriff gegen eine dritte Macht herbeigeführt hätte, „als eine bloße theoretische Möglichkeit ohne realpolitische Bedeutung" angesehen werden könne. Tschitscherin verstand diesen Satz zuerst so, „als wenn Kriege, die Rußland oder Deutschland führten, doch real unmöglich wären, und sagte, das könne er vom russischen Standpunkt nicht akzeptieren, denn er halte einen Krieg Rußlands gegen Polen oder Rumänien für durchaus im Bereich der Möglichkeit". Als Stresemann ihm dann seinen Irrtum erklärte, fand Tschitscherin die deutsche Formel „sehr gut". Er fürchtete nur noch die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Boykotts gegen Rußland. Doch der Gaussche Entwurf sah auch hier vor, daß keines der beiden Länder sich einem gegen das andere gerichteten wirtschaftlichen oder finanziellen Boykott anschließen würde, und Tschitscherin war beruhigt. „Im allgemeinen hatte ich den Eindruck", so summierte Stresemann das Ergebnis der Unterredung, „daß Tschitscherin von seinen Berliner Eindrücken sehr befriedigt war und daß der Alpdruck des gegen Rußland zusammengefaßten Kontinents von ihm geschwunden ist ... Die ganzen Verhandlungen vollzogen sich ... in sehr freundschaftlichen Formen und ließen deutlich den Charakter einer entspannten Lage erkennen." Eine ähnliche Entspannung sprach aus den Neujahrsglückwünschen Brockdorff-Rantzaus an Stresemann[105]:

„Orient und Okzident sind nicht mehr zu trennen!"
Entre poire et caviar dämmert mählich dies Erkennen.
Diwan, west- wie östlich, diene drum zum Pfühle,
Zu vermeiden jenen Platz, den verlockend bieten, zwei bekannte Stühle.

Aber es sollten doch noch vier weitere Monate vergehen, ehe die restlichen Differenzen zwischen den beiden Partnern ausgeglichen und der Berliner Vertrag unterzeichnet werden konnte. Neue Komplikationen erwuchsen am 13. Dezember aus der Verhaftung von drei deutschen „Konsularagenten" im Kaukasusgebiet wegen angeblicher Spionage[106]. Ein weiterer Grund für die Verzögerung war die deutsche

---

[103] „Nachlaß", 3113/7129/148109ff.: Aufzeichnung Stresemanns. Gekürzt in Vermächtnis II, S. 535f.

[104] „Nachlaß", 3113/7129/148132ff.

[105] „Nachlaß", 3144/7324/160878f.

[106] Hilger a. a. O., S. 148ff.; „Nachlaß", 3113/7129/148117, 148129ff.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Befürchtung, daß der gedachte Vertrag mit Deutschlands Verpflichtungen als Völkerbundsmitglied unvereinbar wäre. Dies war besonders wichtig im Hinblick auf die Tatsache, daß ein Vertrag, um gültig zu sein, beim Völkerbund registriert werden mußte. Stresemann hatte hierauf bereits in der Unterredung vom 11. Dezember hingewiesen[107]. Am 12. Dezember hatte Rußland einen Neutralitäts- und Nichtangriffsvertrag mit der Türkei abgeschlossen, dessen Gültigkeit sofort in der ausländischen Presse angegriffen wurde[108]. Am 30. Dezember teilte von Schubert Bratman-Brodowski mit, daß nach Deutschlands Ansicht „ein deutsch-russisches Neutralitätsabkommen mit den Völkerbundssatzungen nicht vereinbar sei"[109]. Der Staatssekretär übergab Brodowski deshalb eine Abschrift des Gausschen Entwurfs als Grundlage für die weiteren deutsch-russischen Verhandlungen.

Über die Schlußverhandlungen zum Berliner Vertrag ist sehr wenig bekannt. Stresemann scheint bis zuletzt gezögert zu haben, weil er der Ansicht war, die von Deutschland gewonnene Unabhängigkeit von Artikel 16 mache einen besonderen Vertrag mit Rußland überflüssig, und weil man nie wissen konnte, wie die Westmächte auf einen derartigen Vertrag reagieren würden[110]. Aber zu dem Druck der Russen (Tschitscherin sprach wieder von einer möglichen russisch-polnischen Verständigung)[111] kam jetzt noch das Drängen des Reichstags, wo man fürchtete, daß Locarno zu einer Entfremdung zwischen Deutschland und Rußland führen könne[112]. Am 24. Februar 1926 ließ sich Stresemann daher in einem Kabinettsrat die Vollmacht zum Abschluß eines Vertrages mit Rußland geben[113].

Der Vertragsentwurf, den das Auswärtige Amt an die Moskauer Botschaft schickte, bestand aus vier kurzen Artikeln und einem Protokoll[114]. Der erste Artikel stellte fest, daß der Vertrag von Rapallo die Grundlage der deutsch-russischen Beziehungen bleiben solle und daß die beiden Länder weiterhin über alle politischen und wirtschaftlichen Fragen in freundschaftlicher Fühlung zu bleiben gedächten. Im zweiten Artikel versprachen sich die beiden Partner, im Falle eines unprovozierten Angriffs gegen einen der vertragschließenden Teile neutral zu bleiben. Da die Russen sich an dem Ausdruck „unprovozierter Angriff" stießen, wurde dieser Artikel schließlich geändert, so daß von einem Angriff „trotz friedlichen Verhaltens" gesprochen wurde. Der dritte Artikel wandte sich gegen jedweden wirtschaftlichen oder finanziellen Boykott; und der vierte Artikel behandelte die Ratifikationsbedingungen und

---

107 „Nachlaß", 3113/7129/148079ff.

108 Hilger a. a. O., S. 146.

109 „Nachlaß", 3113/7129/148128.

110 Stresemann teilte dem französischen Geschäftsträger de Laboulaye am 22. Dez. mit, daß mit einem deutsch-russischen Vertrag zu rechnen sei: „Nachlaß", 3113/7129/148121.

111 Hilger a. a. O., S. 154, Anm. 8.

112 Hilger a. a. O., S. 146; Kochan a. a. O., S. 115f. Vgl. auch das „Iswestija"-Interview von Hoetzsch, Scholz und Graf Reventlow, in dem die Notwendigkeit eines „Rückversicherungsvertrages" nach Locarno ausgesprochen wurde: Osteuropa 1. Jahrg., S. 339.

113 „Nachlaß", 3145/7326/161386.

114 Hilger a. a. O., S. 146ff.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

legte die Vertragsdauer auf fünf Jahre fest. Dies war in der Substanz der Vertrag, wie er am 24. April unterzeichnet wurde[115].

Interessanter als der Vertragsentwurf selbst war jedoch das Protokoll (d. h. der Gaussche Entwurf), welches als Anhang dem Vertrag beigegeben werden sollte[116]. Im Laufe der Schlußverhandlungen wurde dieser Entwurf in einigen Punkten geändert und ergänzt[117]. In der offiziellen Fassung des Vertrages wurde aber das Protokoll durch einen Notenwechsel zwischen Stresemann und Krestinski ersetzt[118]. Der Text dieses Notenwechsels lehnt sich eng an den des Protokolls an, wobei jedoch wichtige Teile des Protokolls in dem veröffentlichten Notenwechsel ausgelassen wurden. Dies trifft vor allem auf den dritten Punkt des Notenwechsels zu, der sich mit Deutschlands Verpflichtungen gemäß den Artikeln 16 und 17 der Völkerbundssatzung befaßt. Ein Sanktionsverfahren nach diesen Artikeln, so sagt der Notenwechsel, käme nur im Falle eines sowjetischen Angriffs gegen einen dritten Staat in Betracht, und da Deutschland selbst über die Frage bestimmen könne, ob Rußland der Angreifer sei, könne es nicht gezwungen werden, an irgendwelchen antirussischen Maßnahmen auf Grund des Artikels 16 teilzunehmen. Soweit stimmen Notenwechsel und Protokoll überein. Doch letzteres geht dann noch weiter. Der Fall, „daß Deutschland in seiner Eigenschaft als Völkerbundsmitglied zuungunsten Rußlands in einen bewaffneten Konflikt hineingezogen werden könnte, den Rußland durch seinen Angriff gegen eine dritte Macht herbeigeführt hätte", wird hier in Anlehnung an die frühere Formulierung „als eine bloß theoretische Möglichkeit ohne realpolitische Bedeutung" angesehen. Das Protokoll fährt dann fort: „Im Zusammenhang mit dem vorstehend erörterten Falle haben die beiden Regierungen auch die sonstigen Kategorien von Fällen erwogen, in denen kriegerische Verwicklungen zwischen Deutschland und Rußland theoretisch denkbar wären, nämlich den Fall, daß Deutschland etwa seinerseits zum Angriff gegen einen dritten Staat schritte, ferner den Fall, daß Deutschland oder Rußland von einer dritten Macht angegriffen würde, und endlich den Fall, daß unmittelbar zwischen den beiden Ländern ein Konflikt entstünde. Beide Regierungen erkennen als eine selbstverständliche Folge des oben festgestellten Grundsatzes freundschaftlicher Verständigung die Verpflichtung an, in keinem dieser Fälle zu kriegerischen Maßnahmen gegeneinander zu schreiten oder, soweit dabei eine dritte Macht beteiligt ist, diese sonstwie zu unterstützen[119]." Das Gaussche Protokoll, mit dieser Proklamation einer absoluten Neutralität, ging daher sehr viel weiter als der veröffentlichte Notenwechsel zwischen Stresemann und Krestinski. Der Berliner Vertrag hätte natürlich weit größeres Aufsehen unter den Westmächten erregt, wenn er dieses Neutralitäts-

---

115 Hilger a. a. O., S. 150. Der Text des Vertrages findet sich in League of Nations, Treaty Series, 53. Bd. (1926), S 387ff.

116 Vgl. oben, S. 21.

117 Eine Gegenüberstellung von zwei Versionen des Protokolls findet sich in „Nachlaß", 3165/7415/175553ff.

118 League of Nations (vgl. Anm. 115), S. 390f.

119 „Nachlaß", 3165/7415/175558f.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

versprechen für den Fall eines Angriffskrieges ausgesprochen hätte. Die Frage, ob der Notenwechsel das Protokoll wirklich ersetzte, oder ob letzteres vielleicht getrennt unterzeichnet und dem Völkerbund vorenthalten wurde, kann erst nach Einsicht der Akten des Auswärtigen Amtes beantwortet werden[120].

Der deutsch-russische Neutralitätsvertrag wurde am 24. April 1926 in Berlin von Stresemann und Krestinski unterzeichnet. Die Tatsache, daß die Unterzeichnung kurz nach dem ersten und erfolglosen Versuch Deutschlands, in den Völkerbund einzutreten, stattfand, sieht Kochan als weiteres Beispiel für seine These an, daß Deutschland seine Mißerfolge im Westen durch Erfolge im Osten auszugleichen suchte[121]. Es fehlt jedoch jeglicher Beweis für einen derartigen Kausalzusammenhang[122]. Was den Ort der Unterzeichnung angeht, so verwarf Brockdorff-Rantzau Dirksens Vorschlag, daß der Vertrag in Moskau unterzeichnet werden solle. „Er wollte seinen Namen möglichst wenig mit dieser Angelegenheit verknüpft wissen[123]." Hilger dagegen spricht von der Enttäuschung des Grafen, daß der Vertrag nicht „Rantzau-Vertrag" genannt und von ihm und Tschitscherin in Moskau unterzeichnet wurde. „Trotz dieser Enttäuschung war die Unterzeichnung jedoch der Höhepunkt der Laufbahn des Botschafters . . ., und der Graf gab jetzt gerne zu, daß es falsch gewesen wäre, nach Locarno zurückzutreten[124]." Ohne Zweifel gebührte Brockdorff-Rantzau das Hauptverdienst am Zustandekommen des Vertrages[125], und sein Wunsch, diese Tatsache auch nach außen anerkannt zu sehen, ist durchaus verständlich.

Während der Berliner Vertrag starken Anklang in Deutschland fand, wo er weit populärer war als der Locarnopakt[126], brachte er große Beunruhigung in das Lager der Westmächte[127]. Stresemann mußte daher viel Zeit darauf verwenden, Ursprung und Zweck des Abkommens zu erklären. Deutschlands Politik, so argumentierte er, sei obwohl zweiseitig, deshalb keineswegs zweideutig. Der Vertrag sei „eher eine Selbstverständlichkeit als eine Sensation"[128].

Was Rußland betraf, so half der Berliner Vertrag das seit Jahren herrschende Mißtrauen gegenüber Deutschland zumindest vorübergehend zu besänftigen, so daß das Jahr 1926 mit Recht als der „Höhepunkt der deutsch-russischen Beziehungen"

---

120 Erdmann a. a. O., S. 143, übersieht die Diskrepanz zwischen Protokoll und Notenwechsel und kommt daher zu dem Schluß (S. 145), „daß Stresemann, was seine Beziehungen zur Sowjetunion und zu den Westmächten angeht, mit völlig offenen Karten gespielt hat".

121 Kochan a. a. O., S. 115f.

122 Sowohl Stresemann wie Hilger streiten diesen Zusammenhang ab. Vgl. „Nachlaß", 3145/7326/161386; Hilger a. a. O., S. 147f.

123 Dirksen a. a. O., S. 77.

124 Hilger a. a. O., S. 150; vgl. auch Helbig a. a. O., S. 322.

125 Helbig a. a. O., S. 322; 326, Anm. 152; Laukhard a. a. O., S. 56.

126 Kochan a. a. O., S. 116, 118.

127 „Nachlaß", 3165/7415/175547ff.

128 „Nachlaß", 3145/7326/161378ff.; 161390ff.; Vermächtnis II, S. 504ff., 537ff.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bezeichnet worden ist[129]. Von hier an jedoch setzte dann wieder ein allmählicher Verfall dieser Beziehungen ein. Die Gründe hierfür waren sowohl allgemeiner wie spezifischer Natur. Zu letzteren gehörte die Entlassung (im Oktober 1926) des Generals von Seeckt, des Förderers der militärischen Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee, sowie die öffentliche Verurteilung dieser Zusammenarbeit in einer Reichstagsrede des sozialdemokratischen Abgeordneten Scheidemann[130]. Das russische Mißtrauen erhielt bald darauf neue Nahrung durch das Thoiry-Gespräch zwischen Stresemann und Briand, obwohl, oder besser: weil über seinen Inhalt nichts Näheres bekannt wurde[131]. Das gegenseitige Mißtrauen wurde weiterhin wachgehalten durch periodische Gerüchte, daß der eine oder andere Partner einen Ausgleich mit Polen, meist auf Kosten Litauens, anstrebe[132]. Nach einer anonymen Aufzeichnung in Stresemanns „Nachlaß" schrieb Krestinski im Oktober 1926 an Litwinow, daß Deutschland immer auf seiten der Feinde der Sowjetunion stehen würde, solange Stresemann noch am Ruder sei[133]. Wenn diese Äußerung, falls echt, auch übertrieben war, so verspürt man aus verschiedenen Äußerungen Stresemanns doch auch weiterhin seine Abneigung gegen eine zu enge Anlehnung an die Sowjetunion[134].

Trotzdem erwies Deutschland seinem russischen Partner in den Jahren nach Berlin einige sehr wichtige Dienste, sowohl in Zeiten der Krise zwischen Rußland und den Westmächten (insbesondere England) als auch in den Versuchen einer russischen Annäherung an den Westen[135]. Dirksen charakterisiert Deutschlands Politik in diesen Jahren ganz richtig, wenn er sagt: „Es ist niemals unsere Absicht gewesen, uns ein Monopol auf die Freundschaft der UdSSR zu sichern. Wir haben uns im Gegenteil bemüht, unseren russischen Freund auch in die Gemeinschaft der Nationen zurückzuführen und die Verbindung wiederherzustellen, die durch den Ausbruch der Revolution und durch die Interventionskriege abgerissen war. Uns leitete dabei die Erwägung, daß die Sowjetunion als gleichberechtigter Partner der anderen Großmächte auch als Deutschlands Bundesgenosse für uns größeres Gewicht haben würde, und daß das weltweite Mißtrauen gegen eine angebliche deutsch-russische Verschwörung sich dann legen würde. Als zusätzliche Erwägung kam die Absicht hinzu, die Wiederherstellung normaler Verhältnisse in Rußland zu fördern; denn wir waren überzeugt, daß die Revolution in Rußland schließlich einmal versanden und einem normalen Zustand . . . Platz machen müsse[136]."

---

[129] Carr, German-Soviet Relations, S. 91. Kochan a. a. O., Kap. VII, dehnt diesen „Höhepunkt" über die Jahre 1926–1929 aus und übersieht den langsamen Verfall der deutsch-russischen Beziehungen nach 1926.

[130] Gatzke, Stresemann and the Rearmament of Germany, S. 59ff., 73ff.

[131] „Nachlaß", 3146/7332/162458: Aufzeichnung Stresemanns.

[132] „Nachlaß", 3147/7335/162940; 3167/7337/163495.

[133] „Nachlaß", 3147/7334/162770.

[134] „Nachlaß", 3167/7338/163659f.; 3173/7372/166872; 3115/7143/150222.

[135] Kochan a. a. O., S. 124ff., 127f.; Fischer a. a. O., II, S. 774f.

[136] Dirksen a. a. O., S. 82f.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschland hoffte besonders auf die Wiederherstellung normaler Handelsbeziehungen mit Rußland, doch diese Hoffnungen wurden bitter enttäuscht. Hier lag ein weiterer Grund für die allmähliche Abkühlung des deutsch-russischen Verhältnisses. Im Juli 1926 gelang es nach langwierigen Verhandlungen, ein Abkommen über einen 300-Millionen-Kredit an Rußland zu unterzeichnen[137]. Doch folgte bald „eine Zeit wirtschaftlicher Ernüchterung"[138]. „Die Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion", schreibt Hilger, „wurden erst nach der Weltwirtschaftskrise für die deutsche Wirtschaft wirklich bedeutend[139]." Zu dieser Zeit jedoch war Stresemann bereits tot.

Während Deutschland so einerseits von seinem Zusammengehen mit Rußand wenig Vorteile hatte, mehrten sich andererseits bald wieder die gewohnten Zwischenfälle, die schon in früheren Jahren das deutsch-russische Verhältnis so schwer belastet hatten[140]. Die ostentative Ehrung des deutschen Kommunistenführers Max Hölz durch die Russen[141] und besonders der berühmte „Donez-Prozeß" gegen fünf deutsche Ingenieure im Frühjahr 1928 leiteten „die schwärzeste Periode in den deutsch-russischen Beziehungen"[142] ein. Die schwebenden Verhandlungen wegen einer weiteren Anleihe an Rußland wurden sofort abgebrochen und erst im Herbst 1929 wiederaufgenommen[143]. Brockdorff-Rantzau litt besonders schwer unter diesen dauernden Krisen, die er, wie ihm eigen war, stets sehr persönlich nahm. Er hatte das Gefühl, daß Stresemann sich dabei nicht mit dem nötigen Nachdruck hinter ihn stellte; und während er noch Anfang 1927 in den wärmsten Tönen von seiner persönlichen Freundschaft für Stresemann geschwärmt hatte[144], erging er sich jetzt in den schärfsten Anklagen gegen den Außenminister, der bereit sei, das deutsche Volk „der Phrase des Friedens und der Eitelkeit eines Mannes" zu opfern. „Ich kann unter keinen Umständen", so schrieb er an seinen Bruder, „mit ihm weiter arbeiten[145]." Die Heftigkeit dieser Ausbrüche läßt sich zum Teil aus dem schweren Leiden des Grafen erklären, das er in loyaler Pflichterfüllung vernachlässigte und dem er am 9. September, kurz nach seiner Rückkehr aus Moskau, erlag. Stresemann hielt ihm eine seiner schönsten Gedenkreden[146].

Eine Woche nach Rantzaus Tod machte Tschitscherin beim Auswärtigen Amt Besuch[147]. Er fühlte sich „außerordentlich krank und elend" und trug sich mit dem Gedanken eines längeren Kuraufenthaltes in Deutschland. Der Tod des Grafen,

---

137 Fischer a. a. O., II, S. 703ff.; Dirksen a. a. O., S. 79ff.

138 Helbig a. a. O., S. 323.

139 Hilger a. a. O., S. 183ff.; vgl. auch Fischer a. a. O., II, S. 705ff.

140 Hilger a. a. O., S. 156f.

141 Scheffer a. a. O., S. 440.

142 Fischer a. a. O., II, S. 707, 772ff.; Kochan a. a. O., S. 134; Seibert a. a. O., S. 283ff.

143 „Nachlaß", 3149/7348/165258ff.; Str.s Bericht an den Auswärtigen Ausschuß des Reichstages. Gekürzt in Vermächtnis III, S. 343ff.

144 „Nachlaß", 3167/7337/163515ff.: B.R. an Str., 8. Jan. 1927.

145 Helbig a. a. O., S. 327.

146 Vermächtnis III, S. 480ff.

147 „Nachlaß", 3165/7415/175790.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sagte er, habe eine Lücke gerissen, die „schwer, vielleicht gar nicht zu schließen sei", und er fügte hinzu, „daß er noch niemals so besorgt und deprimiert über die Entwicklung des deutsch-russischen Verhältnisses gewesen sei wie jetzt"[148]. Im Januar 1929 unterzeichneten die beiden Länder einen Schlichtungsvertrag[149], wie er im Vertrag von Berlin vorgesehen war. Doch diese positive Note wurde bald durch weitere Feindseligkeiten der Russen gestört. Bei der Maifeier in Moskau griff Marschall Woroschilow die deutsche Regierung derart scharf an, daß Tschitscherin in einem Brief an das Politbüro „die völlige Zerstörung der deutsch-russischen Beziehungen voraussagte"[150]. Kurz darauf wurde er als Außenminister von Maxim Litwinow abgelöst.

Die „Schicksalsgemeinschaft" von Rapallo war damit endgültig zu Ende und lebte nurmehr als nüchterne „Zweckgemeinschaft" weiter. „Ich schätze unser Verhältnis zu Sowjet-Rußland nicht zu hoch ein", schrieb Stresemann kurz vor seinem Tode. „Aber es ist immerhin ein Atout in unserem Spiel, und es kann die Zeit kommen, wo im Zusammenhang mit Deutschland, dem leider für das Alleinvorgehen die Kapitalien fehlen, ein Aufbau Rußlands erfolgt, der für uns volkswirtschaftlich von Bedeutung sein kann[151]." Der Tod Stresemanns im Herbst 1929 fällt somit zeitlich mit dem Ende der „Ära von Rapallo" zusammen. Wenn man versucht, das Fazit dieser Jahre von 1923 bis 1929 zu ziehen, so überwiegen die Zeiten der Krise bei weitem die der Harmonie. Sowohl Tschitscherin wie Brockdorff-Rantzau hatten ihr Bestes getan, dem Geist „von Rapallo" Gestalt zu geben. Doch Tschitscherins Einfluß war selten ausschlaggebend in Rußland, und was Brockdorff-Rantzau anbetrifft, so war er nie in seiner Ostpolitik wirklich selbständig gewesen. „Es gibt keine Ostpolitik und Westpolitik", so erklärte Stresemann kurz nach Rantzaus Tod, „sondern nur eine Außenpolitik des Deutschen Reiches, die in der Hand des Reichsaußenministers liegt", und Graf Brockdorff-Rantzau hat nie gefordert, daß die Ostpolitik nur s e i n e Aufgabe sei[152].

Der einflußreichste Faktor in der deutschen Rußlandpolitik während der wichtigen Jahre von 1923 bis 1929 war somit Gustav Stresemann, und die Art, wie er seine Politik auf einem Gebiet durchzusetzen wußte, auf dem die Hauptlinien bereits vor seinem Amtsantritt festlagen, zeigt aufs neue die Stärke seines Einflusses und seiner Persönlichkeit. Was Stresemanns Haltung gegenüber Rußland betrifft, so war sie, wie dieser Aufsatz zeigt, sowohl realistisch wie folgerichtig. Den Begriff der Schicksalsgemeinschaft, mit seinen gefühlsmäßigen und historischen Hintergründen, gab es für ihn nicht mehr. 1925 war nicht 1813 – das Rußland Stalins und

---

[148] Dies widerspricht dem Bild der „harmonischen" Beziehungen, wie es Kochan a. a. O., S. 136, beschreibt.

[149] Dirksen a. a. O., S. 97f.

[150] Dirksen a. a. O., S. 98; Scheffer a. a. O., S. 445; Kochan a. a. O., S. 140, stellt dagegen fest, daß „Mitte 1929 der Höhepunkt der russisch-deutschen Harmonie war".

[151] „Nachlaß", 5101/7155/151953ff.: Str. an Paul Löbe, 19. März 1929.

[152] „Nachlaß", 5116/7149/151174f.: Nicht abgesandter Brief Str.'s an Fritz Matthäi, 23. Sept. 1928.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Trotzkis war nicht das Rußland der Zaren. Aber auch von einem bürgerlich-demokratischen Rußland erhoffte Stresemann nichts. Sowohl 1918 wie 1927 sprach er von Rußlands Bürgertum als Deutschlands größtem Feind[153]. Wie aber sah er die Zukunft Rußlands? Hierüber sprach er sich nie sehr klar aus. Er sprach wohl häufig von einer „Evolution" des Kommunismus, deren Ziel sein sollte, „aus Sowjetrußland einen Staat und eine Wirtschaft zu machen, mit der sich leben läßt"[154]. Stresemann war jedoch zu realistisch, um hierbei an eine Rückkehr in vor-revolutionäre Verhältnisse zu denken. Seine Hoffnung richtete sich vielmehr auf eine Mäßigung der russischen Innen- und Außenpolitik, um so eine friedliche und fruchtbare „Ko-Existenz" (wie wir heute sagen würden) zwischen russischem Sozialismus und westlichem Kapitalismus zu ermöglichen. Stresemann, in anderen Worten, glaubte, genau wie mancher Amerikaner später (z. B. der Botschafter Joseph E. Davies), an die Möglichkeit eines Ausgleichs zwischen Rußland und dem Westen. Den Weg zu diesem Ausgleich sah er in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. „Wir haben mit Rußland Kreditverhandlungen geführt", sagte er den Westmächten 1927, „und stehen mit ihm in einem regen Güteraustausch. Nicht nur weil wir ihn brauchen, sondern weil ich der Meinung bin, daß es notwendig ist, Rußlands Wirtschaft so eng mit dem kapitalistischen System der westeuropäischen Mächte zu verknüpfen, daß wir dadurch den Weg ebnen für eine Evolution in Rußland . . .[155]"

Das treibende Moment in Stresemanns Rußlandpolitik war daher stets die Hoffnung auf wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Frage war nur: wie ist diese Zusammenarbeit möglich mit einem Staat, dessen Hauptziel in der Entfachung der kommunistischen Weltrevolution besteht? Aus diesem Wissen um die ideologische Gefahr des Kommunismus stammte das retardierende Moment Stresemannscher Politik, das ihn von einem wirklich engen politischen oder militärischen Zusammengehen mit der Sowjetunion stets zurückhielt. Immer wieder betonte er, daß eine mit Deutschland verbündete russische Armee ihren Aufenthalt auf deutschem Boden dazu benutzen würde, Ostelbien zu bolschewisieren. Deshalb, und weil er die militärischen Fähigkeiten der Roten Armee sehr gering einschätzte, war er gegen ein deutsch-russisches Militärbündnis. Was jedoch nicht heißen sollte, daß die Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee nicht zu Deutschlands Vorteil war.

Während Stresemann so Rußland gegenüber eine gewisse Distanz wahrte, war er sich, besonders zu Beginn seiner Amtszeit, durchaus der Möglichkeit einer Annäherung Rußlands an den Westen, besonders an Frankreich, bewußt. Deutschlands Position wäre dadurch merklich geschwächt worden. Doch statt der von Rußland vorgeschlagenen Alternative einer Ostorientierung der deutschen Außenpolitik nachzugeben, wählte Stresemann den schwierigeren aber lohnenderen Weg, engere Beziehungen mit dem Westen zu pflegen, unter Aufrechterhaltung guter Beziehungen mit dem Osten. Die Furcht vor einem russisch-französischen rapprochement ver-

[153] Gatzke, „Zu den deutsch-russischen Beziehungen", S. 94; „Nachlaß", 3167/7338/163660.

[154] Vermächtnis III, S. 151: Aufzeichnung Str.'s, 15. Juni 1927.

[155] Ebenda.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schwand dann nach Locarno und machte einem neuen deutschen Selbstbewußtsein Platz, demzufolge Stresemann Deutschlands Aufgabe als Mittler oder gar Brücke zwischen Ost und West sah.

Stresemanns Politik versuchte daher stets eine Mittelstellung zwischen den Alliierten und Rußland einzunehmen. „Deutschlands Mission in Europa", sagte er einmal, „ist, der große Neutrale zu sein." Er betonte gern, daß seine Rußlandpolitik keine Geheimnisse berge, daß er „stets mit offenen Karten spiele". Was den Wortlaut der Verträge von Locarno und Berlin betrifft, so gab es auch wirklich keinen Widerspruch zwischen ihnen. Das hat aber nicht den weitverbreiteten Verdacht verhindert, daß der Berliner Vertrag geheime Klauseln militärischer Art enthielt. Stresemanns „Nachlaß" gibt jedoch keinen Anhalt für diesen Verdacht. Hätten derartige Geheimklauseln bestanden, so hätten sie sich wohl in erster Linie mit dem „Zurückdrängen Polens in seine ethnographischen Grenzen" befaßt, von dem hier und da in den deutsch-russischen Besprechungen die Rede war. Daß die Revision der deutsch-polnischen Grenze eines der Hauptziele Stresemannscher Außenpolitik war, steht fest; doch scheint er diese Revision eher durch politische und wirtschaftliche als durch militärische Maßnahmen erhofft zu haben[156].

Aber selbst wenn der Berliner Vertrag kein geheimes Militärabkommen enthielt, so fragt sich doch, ob der Geist des Vertrages sich wirklich mit Stresemanns Locarnopolitik vertrug. Benutzte Deutschland, so müssen wir uns fragen, die ihm von den Westmächten gewährte Befreiung von den Verpflichtungen des Artikels 16, um Rußland eine bedingungslose Neutralität zu versprechen? Stresemann verneinte dies ausdrücklich. Wir sahen jedoch, daß in dem Protokoll, welches als Verhandlungsgrundlage für den Berliner Vertrag diente, Deutschland und Rußland sich versprachen, unter keinen Umständen gegeneinander Krieg zu führen. Da Rußland auf dieser bedingungslosen Neutralität bestanden hatte, die Formulierung des Protokolls jedoch von Deutschland stammte, fragt es sich, ob der offizielle Text des Berliner Vertrags und Notenwechsels auch wirklich das ganze Ausmaß des deutsch-russischen Neutralitätsversprechens umfaßte, oder ob es nicht daneben noch einen geheimen Zusatz über bedingungslose Neutralität gab.

Noch ein letzter Punkt in diesem Zusammenhang: In all seinen Beziehungen mit Rußland zeigte Stresemann weit weniger Initiative als in seinen Verhandlungen mit den Westmächten. Obwohl die Russen für die meisten der Zwischenfälle verantwortlich waren, welche die deutsch-russische Zusammenarbeit erschwerten, waren sie es doch, die gleichzeitig auf eine derartige Zusammenarbeit den größten Wert zu legen schienen. Dabei fanden sie Stresemann zwar stets aufnahmebereit, doch nie enthusiastisch. Verglichen mit Brockdorff-Rantzau war sein Herz nie im Osten. Seine persönliche Haltung den Sowjets gegenüber bewegte sich zwischen Neutralität und Abneigung, wobei er natürlich zu sehr Staatsmann war, um letztere je offen zu zeigen oder seine Politik von ihr beeinflussen zu lassen. Nur in seinen Marginalien und seinem Tagebuch machte er manchmal seinem Abscheu über die „Mörder" und „Heuchler" Luft, die in Rußland am Ruder seien.

[156] Vgl. die Besprechung von Stresemanns Polenpolitik in Erdmann a. a. O., S. 146ff.

Jahrgang 4 (1956), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte